H. W. L.
JUN 9 1928

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 10 • 9. Jahrgang

Berlin, 15. Mai 1928

Warum der Völkerbund kein Ansehen im Saargebiet besitzt.

(Saarbrücker Brief.)

Wer, wie viele, die zum ersten Male nach dem europäischen Kontinent kommen, vom Saargebiet nicht mehr weiß, als daß es das einzige Land in Europa ist, das — seit 1920 — der alleinigen Verwaltungshoheit des Völkerbundes untersteht, wird geneigt sein, anzunehmen, daß der Völkerbund hier einen kleinen Musterstaat aufgebaut hat, durch den sich die einheimische Bevölkerung in hohem Maße beglückt fühlt. Kommt der fremde Besucher aber dann selbst in das Saarrevier (das mit seinen reichen Kohlenschätzen und der bedeutenden industriellen Produktion zu den wichtigsten Industriezentren Europas gehört), dann wird er mit Ueberraschung einmütig aus allen Bevölkerungskreisen — sei es Arbeiter oder Wirtschaftsführer, Beamter, Handwerker oder Kaufmann — hören, daß die Bevölkerung so rasch wie möglich von der Herrschaft des Völkerbundes „befreit" werden möchte. Eine weitere überraschende und sehr zum Nachdenken anregende Feststellung macht der fremde Besucher: nirgends genießt der Völkerbund so wenig Ansehen, ja geradezu Mißachtung, als gerade im Saargebiet bei seinem erstgeborenen Kind. Wie kommt das? Die Antwort drängt sich einem schon bei kurzem Besuch des Gebietes auf: Der Völkerbund, der für 15 Jahre durch den Versailler Vertrag zum treuhänderischen Verwalter des in ein Abstimmungsgebiet verwandelten Saargebiets gemacht wurde, übt diese Aufgabe auf Grund des Saarstatuts des Versailler Vertrages mit Mitteln aus, die ihn von vornherein in Widerspruch zu einem seiner wertvollsten Prinzipien — dem Selbstbestimmungsrecht der Völker — brachten und einen direkten Rückfall in die Methoden des Absolutismus aus dem 17. und 18. Jahrhundert darstellen: Alle Regierungsgewalt, die sonst in zivilisierten Ländern auf dem Umweg über das Parlament vom Volk ausgeübt wird, ist seit 1920 ausschließlich auf die vom Völkerbund ernannte fünfköpfige Regierungskommission übergegangen, die dazu noch zu vier Fünfteln aus Ausländern besteht. Kein Wunder, daß bei einer hochzivilisierten Bevölkerung, wie der des Saargebietes, diese „Befreiung" von allen unter deutscher Hoheit früher besessenen Mitbestimmungsrechten, die bittersten Gefühle gegen den Völkerbund wachgerufen hat, der im Saargebiet kraft des Friedensvertrages zum Träger dieses absolutistischen Systems gemacht worden ist.

Die zunächst aus dieser unglückseligen Verquickung des Völkerbundes mit absolutistischen Regierungsmethoden entspringende Abneigung der Saarbevölkerung ihm gegenüber wird erheblich noch durch den Umstand verstärkt, daß die Amtstätigkeit der Regierungskommission im Saargebiet nicht in neutraler Weise erfolgte (im Gegensatz zur Instruktion des Völkerbundsrates vom März 1920 an die Regierungskommission, daß sie „keine andere Aufgabe als die Fürsorge für das Wohl der Bevölkerung" habe), sondern bisher fast eine Kette von Vertragsbrüchen darstellte. Wenn auch, wie bereits angeführt, die Regierungskommission der Bevölkerung für ihre Tätigkeit nicht verantwortlich ist, so ist sie doch durch den Versailler Vertrag verpflichtet, in wichtigen Fragen vor dem Erlaß von Gesetzen das Gutachten der Volksvertretung einzuholen. Ganz besonders verübelt wird es der Regierungskommission (und damit zugleich dem Völkerbund, der dieses Verhalten billigte), daß sie bisher in allen bedeutsamen Fragen dieses Gutachten der Volksvertretung entweder gar nicht eingeholt oder ignoriert hat. So hat sie beispielsweise die einschneidende Währungsänderung im Saargebiet (Umstellung von Mark- auf Frankenwährung), gegen den Protest der Bevölkerung durchgeführt und das Gebiet dadurch u. a. der Schwächung durch eine zweimalige Inflation ausgesetzt. Auch in der sehr bedeutsamen Finanz- und Steuerpolitik setzte sich die Völkerbundsregierung bisher in strikten Gegensatz zur Saarbevölkerung, indem sie u. a. mit dem französischen Staat zugunsten der französischen Saargruben — die bekanntlich das steuerkräftigste und bedeutendste Wirtschaftsunternehmen im Saargebiet darstellen — einen Steuervertrag abschloß, der unter Verletzung des Versailler Vertrages den Steuerbeitrag der Gruben zum öffentlichen Haushalt des Saargebietes zum Schaden der steuerzahlenden Bevölkerung auf einen Bruchteil des dem Versailler Vertrag entsprechenden Anteils festsetzte. Dieselbe vertragswidrige Haltung ist in der Frage der Saartruppen festzustellen. Obwohl der Versailler Vertrag bekanntlich ganz eindeutig bestimmt, daß im Saargebiet nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung bestehen soll (§ 30 zu Art. 50), hält der Völkerbund immer noch alliierte Truppen im Saargebiet, die sich zahlreiche Verbrechen gegen die Einwohnerschaft haben zuschulden kommen lassen. Seit einem Jahr sind diese Besatzungstruppen zwar in „Bahnschutztruppen" umgetauft und verringert worden, sie unterscheiden sich aber sonst durch nichts von den Rheinlandtruppen, für deren durch das Saargebiet reisende Angehörige trotz Protestes der Bevölkerung in Saarbrücken bis zum heutigen Tage sogar noch ein Etappenquartier eingerichtet ist.

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 5, Jahrgang 4, der **„Saarheimatbilder"** bei.

Diese kurzen Angaben zeigen, daß und warum das Prestige des Völkerbundes im Saargebiet nicht nur auf das stärkste engagiert ist, sondern auch auf das empfindlichste beeinträchtigt wird. Allein der Umstand, daß der Völkerbund die Verwaltung des Saargebiets als Abstimmungsgebiet in der Voraussetzung übernahm, es handele sich gemäß den Angaben Clémenceaus um ein Gebiet mit national-gemischter Bevölkerung, in dem 150 000 Franzosen lebten, während in Wirklichkeit die Bevölkerung rein deutsch ist, diese inzwischen allgemein bekannt gewordene, unbestrittene historische Tatsache genügt schon, um das Ansehen des Völkerbundes vor aller Welt herabzusetzen.

Wer ein Anhänger des Völkerbundes ist, wird wünschen müssen, daß alle berechtigten Anklagen gegen ihn verstummen, die geeignet sind, seine Autorität zu schwächen und bei seinen Gegnern das Mißtrauen gegen die Gerechtigkeit und Ehrlichkeit seiner Politik zu stärken. Dem Völkerbund selbst würde daher — das ist der Eindruck, den man durch ein unbefangenes Studium der Saarfrage an Ort und Stelle gewinnt — der größte Dienst erwiesen werden, wenn er durch Rückgabe des Saargebietes an Deutschland befreit würde von der Verantwortlichkeit der treuhänderischen Regierung des Saargebiets, die bisher seinem Ansehen nicht nur dort, sondern in der ganzen Welt schadete, da sie ihn in schärfsten Widerspruch zu seinen eigenen Prinzipien gebracht hat.

Kennt der Völkerbund die Notlage an der Saar?

Vor Jahren schon haben die politischen Parteien des Saarlandesrats den Völkerbund darum ersucht, durch eine unparteiische Kommission die wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar nachprüfen zu lassen, damit einwandfrei festgestellt wird, ob das in Versailles beschlossene Sonderregime für das Saargebiet in der Lage ist, auftragsgemäß die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung wahrzunehmen und dafür zu sorgen, daß der Bevölkerung an der Saar keinerlei materieller oder moralischer Schaden erwächst. Der Völkerbund ist diesem Verlangen nicht nachgekommen, hat sich vielmehr an die Berichte gehalten, die damals Herr Rault als Präsident der Saarregierung regelmäßig alle Vierteljahre nach Genf sandte. Darin war wohlweislich verschwiegen, daß sich unter den Auswirkungen des Saarregimes die wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar immer mehr verschlechterten, so daß immer weitere Kreise in größte wirtschaftliche Not gerieten. Auch die letzten Berichte, die von der Saarregierung an den Völkerbund gerichtet wurden, lassen nicht erkennen, wie sehr die wirtschaftliche Not als Auswirkung des Saarregimes für die breiten Massen der Saargebietsbevölkerung gestiegen ist. Wohl aber wird von französischer Seite ganz systematisch die Auffassung verbreitet, als ob es der Saargebietsbevölkerung unter dem Völkerbundsregime ganz ausgezeichnet gehe. Einen besonders krassen Beweis für diese französische Stimmungsmache lieferte vor kurzem der „Temps", der behauptete, daß „die Konjunktur im Saargebiet sehr günstig sei, denn es gebe dort nur 2,5 Prozent Arbeitslose".

Schon an anderer Stelle haben wir darauf hingewiesen, daß diese Behauptung des „Temps" nur bedingt richtig ist; sie trifft nämlich zu in bezug auf das französische Unternehmertum an der Saar, dem es unter der Ausnahmebehandlung, die es steuer-, kredit-, sozial- und zollpolitisch seitens der Saarregierung genießt, ganz ausgezeichnet geht. Zu diesem französischen Unternehmertum rechnet auch der französische Saargrubenfiskus, der bekanntlich im Jahre 1926 mit einem Reingewinn von rund 120 Millionen Fr. seinen Jahresabschluß machen konnte. Diese günstige Konjunktur des französischen Unternehmertums konnte aber nur erreicht werden, weil es, wie bereits angeführt, eine Ausnahmebehandlung seitens der Saarregierung erfährt und eine Lohnpolitik auf Kosten der Arbeiterschaft treibt, die es geradezu zu einem modernen Sklavenvolk herabwürdigt.

Mit dieser allen Prinzipien sozialer Forderungen des Völkerbundes widersprechenden Politik beschäftigte sich am 29. April eine Revierkonferenz des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter des Saargebiets in Saarbrücken. In einer Eröffnungsansprache ging der Generalsekretär des Gewerkvereins, Landesratsabgeordneter Peter Kiefer, zunächst auf die Auslassungen des Pariser „Temps" ein, der u. a. behauptete, daß die französischen Interessen an der Saar stark gefährdet seien, da „die deutsche Propaganda sich im Saargebiet in allzu aktiver Weise betätige." Deutschland lasse, so heißt es im „Temps" weiter, „Propagandagelder von jährlich mindestens 10 Millionen M. nach dem Saargebiet fließen, von denen auf der ganzen sozialen Stufenleiter alle Saarländer profitierten, die nur irgendeinen politischen Einfluß besitzen." Am besten seien die Gewerkschaftssekretäre mit diesen Geldern bedient, da die Gewerkschaften drei Viertel der Wahlberechtigten stellten. Peter Kiefer bezeichnete diese Bemerkungen des „Temps" als eine derartig starke Verbiegung der Tatsachen, daß man keine Worte mehr dafür habe, wenn ein Blatt es wagen dürfe, derartiges der Oeffentlichkeit Frankreichs vorzusetzen.

Tatsache ist, so sagte Kiefer wörtlich, daß das Deutsche Reich jährlich 10 Millionen Mark für uns aufbringen muß, aber nicht als Propagandagelder, sondern als Notgelder zur Linderung der entsetzlichen Not, die verschuldet wurde durch die französische Mehrheit der Regierungskommission und den französischen Staat als Besitzer der Saargruben. Wenn wir das hier feststellen, so ist das kein Chauvinismus, sondern die Wahrung berechtigter Interessen, die dagegen Verwahrung einlegt, daß solche Verdrehungen in die Oeffentlichkeit gebracht werden und die Oeffentlichkeit hierdurch irregeführt wird. Und noch einmal sei es gesagt: es leitet uns kein Chauvinismus, sondern der heilige und entschlossene Wille, daß endlich Friede werde unter den Völkern. Aber dieser Friede muß sich aufbauen auf der Wahrheit, und es besteht solange ein Friedenshindernis, als nicht das Saargebiet mit allen seinen Kohlenfeldern, mit dem Warndt, mit dem letzten Quadratzentimeter Boden an das deutsche Mutterland zurückgegliedert ist.

Hierauf behandelte Revierleiter Fritz Kuhnen die soziale und wirtschaftliche Lage im Saarbergbau. Er führte u. a. aus:

Von den vielen und großen Hoffnungen, die seinerzeit einzelne Menschen für die Zukunft des Saargebietes hegten, sind keine in Erfüllung gegangen. Seit Jahren befinden wir uns im gesamten Gebiet in einer äußerst kritischen Situation. In Deutschland gab es auch Krisen. Doch sie wurden verhältnismäßig schnell behoben und in fabelhaft kurzer Zeit wurde die deutsche Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht gebracht. Anders im Saargebiet. Eine Krise jagte die andere. Bald waren es Zoll-, bald Absatzschwierigkeiten, die die Hemmungen verursachten. Jahrelang schon leidet das Saargebiet unter den wirtschaftlichen Depressionen. Ganz besonders die Bergarbeiterschaft hatte darunter empfindlich zu leiden. Schwierigkeiten haben sich bereits seit 1921 bemerkbar gemacht. Es fing an mit Abbau der Löhne, dann kamen schon zu der Zeit die vielen Feierschichten und die langsame Entwertung des Franken mit einer stets der Lohnerhöhung voraneilenden Teuerung. Allerdings zeigten sich die Schwierigkeiten ganz verschiedenartig. Den Höhepunkt erreichten sie im vergangenen Jahr, das wohl als ein Schreckensjahr für die Bergleute angesprochen werden kann.

Das Jahr 1928 begann für uns mit großen Sorgen. Die Absatzschwierigkeiten vergrößerten sich von Tag zu Tag. Die Verwaltung wußte nicht mehr ein noch aus. Die vielen Feierschichten waren untragbar, und so entschloß sich im vergangenen Jahre die Bergverwaltung zu Massenentlassungen. Trotzdem sich im vergangenen Jahre die Belegschaft schon um etwa 10 000 verringert hatte, wurden in diesem Jahre erneut 3000 auf einmal entlassen. Tausende sind wiederum zwischendurch freiwillig abgekehrt, und so wird die gesamte Belegschaft wohl seit dem 1. Januar 1927 sich um etwa 15 000 Mann verringert haben. Wieviel Not und Elend hatte dieser gewaltige Arbeiterabbau im Bergbau für das Saargebiet im Gefolge. Nicht nur diejenigen, die abgebaut wurden, litten darunter, nein, die ganze Wirtschaft hat mit die Kosten dieser Maßnahmen zu tragen. Am schlimmsten wurde das Grenzgebiet betroffen,

wo in den einzelnen Dörfern die Hälfte der gesamten Bewohner auf einmal brotlos wurde. Wir wollen nicht verkennen, daß die deutsche Regierung für die außerhalb des Saargebietes Wohnenden die Arbeitslosenunterstützung sofort zahlte. Zudem ergriff sie Maßnahmen, um die ledigen Bergarbeiter in anderen Gebieten unterzubringen. Dadurch aber, daß die jungen Bergleute in andere Reviere gebracht werden, sind diese Gemeinden ihrer Steuerzahler beraubt und an den Ruin gebracht. Im Saargebiet macht die Unterbringung der vielen Arbeitslosen sehr große Schwierigkeiten.

Es darf nicht vergessen werden, daß im Laufe der Jahre infolge des Druckes, der seitens der Ingenieure auf die Belegschaften der einzelnen Gruben ausgeübt wurde, ebenfalls Tausende von Bergleuten die Arbeit verließen und in anderen Berufen, ganz besonders im Baugewerbe, Brot und Arbeit gefunden haben. Infolgedessen war es für den großen Schub, der zum 1. März auf einmal entlassen wurde, äußerst schwierig, Arbeit zu finden. Unseren Bemühungen im Saargebiet ist es gelungen, einen Teil dieser Leute wieder unterzubringen, doch viele pilgern heute noch von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte, ohne Arbeit zu bekommen. Durch Krankheit am Arbeiten verhindert sein, ist schlimm, aber immerhin noch tragbar, jedoch gesunde Glieder zu haben, den festen Willen in sich zu tragen, durch Arbeit seine Familie gut durchzubringen und nirgends Arbeit zu finden, ist etwas, was den Menschen zur Verzweiflung bringen kann.

Die zur Auszahlung kommende Arbeitslosenunterstützung ist nicht ausreichend, um die Familie so, wie es sich gehört, voranzubringen. Gewiß, es sind auch Agenten hier gewesen, um arbeitslose Bergleute nach anderen deutschen Revieren zu verpflanzen, doch wer jahrelang im hiesigen Gebiet Arbeit hatte und die Verhältnisse kennt, weiß, daß sich der Saarbergmann schlecht zur Verpflanzung eignet. Er liebt seine Heimat, hängt an seiner Scholle, wo er groß geworden ist, und er, die er alle die Leiden der Abtretung mitgetragen hat, möchte gern auch bei der Rückkehr des Saargebietes an das Vaterland mitwirken und dabei sein. Sehr bedenklich ist die Tatsache, daß viele Agenten im Saargebiet herumreisten, um Bergarbeiter für Frankreich resp. für das lothringische Minettegebiet anzuwerben. Hier wird sich der Sarbergmann niemals heimisch fühlen. Er ist nicht gewohnt, mit Leuten aus aller Herren Länder zusammenzuleben, da ganze Generationen der Saarbergleute hier bodenständig sind. Daß diese Auswanderungen nach Frankreich auch andere Gefahren mit sich bringen, braucht nicht näher erläutert zu werden. Seitdem sich die Krise in der furchtbaren Weise auswirkt und Tausende von Bergleuten arbeitslos sind, ist die Behandlung der Bergleute auf den einzelnen Gruben direkt empörend. Die Erregung gegen diese unwürdige Behandlung hat sich auf vielen Gruben durch Proteststreiks Luft verschafft. Als anfangs 1920 die neue Verwaltung ihren Einzug im Saargebiet hielt, wurde seitens der Generaldirektion immer wieder versichert, daß sie eine strenge Behandlung der Leute — so wie es bei den Preußen gewesen sei — niemals zuließe. Alles nur Bluff, Blendwerk, um Dumme zu fangen. In den letzten Monaten sehen wir, daß die Behandlung der Arbeiter auf vielen Gruben direkt unwürdig ist. So wurden auf Kohlwald die Bergleute vom Ankleideraum in Gruppen zu dem Förderschacht geführt. Selbst unten in der Grube versuchte man, die Leute in geschlossenen Gruppen vom Gerippe zur Abteilung zu bringen. Wir sind sicher für Ordnung, aber für Ordnung im Betriebe zu halten, sind keine militärischen Maßnahmen notwendig. Wo ist die vielgepriesene französische Freiheit? Die letzten Entlassungen haben, wie wir des öfteren darlegten, gewaltige Härten mit sich gebracht. In einzelnen Tagesabteilungen hat die starke Entlassung Lücken gerissen und die Folge war, daß die zurückgebliebenen Arbeiter, wie von Camphausen berichtet wurde, Ueberschichten verfahren mußten. Auf einer Seite werden die Leute entlassen, auf der anderen Seite müssen Ueberschichten verfahren werden. Daß wir uns dagegen energisch zur Wehr setzen, ist selbstverständlich. Gewiß wird man uns entgegenhalten, daß alle diese Maßnahmen auf die allgemeine Krise zurückzuführen seien. Wir haben für die allgemeine Krise volles Verständnis. Wir erklären und beweisen aber, daß die Krise in der Weise im Saargebiet nicht hätte in die Erscheinung zu treten brauchen, wenn die Verwaltung ihre Pflicht getan hätte.

Die Absatzschwierigkeiten sind doch zum Teil durch die jetzige Verwaltung heraufbeschworen worden. Während des englischen Bergarbeiterstreiks hatte Frankreich eine sehr starke Nachfrage nach Kohlen. Das natürliche Absatzgebiet des saarländischen Bergbaues, Süddeutschland, wurde auf ein Drittel der Ration gesetzt, ausgerechnet in einer Zeit, wo die deutschen Bergwerksunternehmer nur langfristige Verträge abschlossen. Unter großen Schwierigkeiten war es dem Reichskohlenkommissar in Berlin zu der Zeit möglich, den süddeutschen Gaswerken — die entgegen jeder kaufmännischen Logik vom hiesigen Handelsbureau angeschmiert wurden — Kohlen von der Ruhr und aus Schlesien zuzuteilen. Daß die Gaswerke augenblicklich keine große Lust haben, ihre Kohlen wieder von der Saar zu beziehen, ist menschlich verständlich. Bei den letzten mühevollen Verhandlungen mit der Reichs- und preußischen Landesregierung über Abnahme von Kohlen an der Saar, hat sich herausgestellt, daß das Saarbrücker Handelsbureau kaum in der Lage ist, ohne Hilfe der wirtschaftlichen Organisationen und des Deutschen Reiches die süddeutschen Absatzgebiete zu erobern.

Wenn es in der nächsten Zeit nicht gelingt, die süddeutschen Gaswerke als Abnehmer zu gewinnen, wird es schwer sein, sie später zurückzugewinnen. Sie jetzt zurückzubekommen, liegt nicht nur im Interesse der Bergverwaltung, sondern nach unserm Dafürhalten auch im Interesse Deutschlands. Daß das Saargebiet wieder zurück an Deutschland kommt, darüber sind sich die hier ansässigen Franzosen, soweit wie sie nicht mit Blindheit geschlagen sind, mit uns einig. Wir Bergleute sind uns aber auch darüber klar, daß die Zurückgabe eines solch großen Wirtschaftsgebietes vorbereitet werden muß. Aus dem Grunde hätten wir es gerne gesehen, wenn die gesamte deutsche Regierung in allen Saarfragen so aktiv wie das Arbeitsministerium würde.

Die Saarbergleute, die seit dem Zusammenbruch, abgesehen von einer ganz kurzen Zeit, in der es ihnen mal gut ging, viel durchgemacht haben, erwarten von der gesamten deutschen Reichsregierung weitestes Entgegenkommen. Sie haben als frühere preußische Staatsarbeiter darau fein Recht. Auf Grund der vielen Verhandlungen, die wir in der Frage des Absatzes mit Deutschland geführt haben, geben wir uns der Hoffnung hin, daß Deutschland hilft. Wie dem Gewerkverein von autorisierter Seite mitgeteilt wurde, ist selbst die Eisenbahnverwaltung in Deutschland bereit, Kohlen abzunehmen. Sie hat dieses den Vertretern der Bergwerksdirektion schon vor Wochen wissen lassen, doch hat der Vertreter der Verwaltung auf dieses Angebot nicht reagiert. Die Bergverwaltung lädt eine große Verantwortung auf sich, wenn sie die nun einmal gesponnenen Fäden nicht weiter spinnt. So lange die Verhandlungen nicht zum Abschluß gekommen sind, und so eine Erleichterung für das Saargebiet geschaffen wird, hat die Saarregierung die Verpflichtung, für die Entlassenen in weitgehendster Weise zu sorgen. Gegen die Art und Weise, wie die hiesige Bergverwaltung den Ueberschuß an Arbeitskräften auf den einzelnen Gruben gegen die Arbeiter ausnützt, wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Die Rationalisierung im Bergbau zeigt an der Saar sonderbare Blüten. Augenblicklich ist im Revier der Kampf um die Brotpause entbrannt. Eine halbstündige Brotpause ist den Saarbergleuten unter Tage durch Vertrag garantiert. In der Sucht, recht viele Kohlen zu gewinnen, lassen viele Beamte, leider auch deutsche, jede notwendige Vorsicht, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen, außer acht. Wir warnen heute und verlangen Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Die Verlegungen der Bergarbeiter geschehen oft ziel- und planlos. Nicht selten sind Leute bei uns gewesen, denen es nach Verlegungen überhaupt nicht mehr möglich war, an dem betreffenden Tag zur Arbeit zu kommen, sie hätten schon am Tage vorher fahren müssen, um zur Schicht zu kommen. Zudem begegnen sich tagtäglich auf dem Wege zur Arbeit noch viele Bergleute, weil z. B. Quierschieder in Dudweiler und Dudweiler Bergleute in Camphausen schaffen. Abhilfe dieser Zustände wird dringend gewünscht.

Mit der Lohnentwicklung sind die Saarbergleute höchst unzufrieden. Die Gedingefestsetzung ist nicht immer gerecht. Neben einer allgemeinen Erhöhung der Löhne ist eine Anpassung der Schichtlöhne und der Hauerdurchschnittslöhne an die wirklichen Hauerlöhne erforderlich. Eine Lohnerhöhung ist auch möglich. Die Leistung ist seit 7. Mai 1927 von 726 Kilogr. pro Kopf und Schicht auf 800 Kilogr. im März dieses Jahres gestiegen, so daß wir trotz Verkürzung der Arbeitszeit bald die Friedensleistung von 813 Kilogramm im Jahre erreicht haben.

Diese Erhöhung ist aber nicht, wie der Berichterstatter des „Temps" glauben machen möchte, auf die französischen Ingenieure zurückzuführen, auch nicht darauf, daß die Saarbergarbeiter „passiven Widerstand" leisten. Wenn wir passiven Widerstand leisten wollten, wenn wir heute die Parole ausgeben wollten: Von morgen ab werden nur 400 Kilogramm gefördert, dann würden von morgen ab nicht mehr als 400 Kilogramm pro Kopf gefördert werden. Aber das wollen wir nicht. Wir verlangen weiter nichts, als daß wir entsprechend der Steigerung der Leistung auch entlohnt werden. Seit Mai, also seit der Lohnkürzung ist die Leistung pro Schicht und Kopf um 74 Kilogramm gestiegen, oder 10,27 Prozent. Nicht zu vergessen ist, daß bis dato die Saarkohle vielfach teurer verkauft wird als die Ruhrkohle. Mithin ist unsere Forderung nach Erhöhung der Löhne berechtigt.

Die in Lothringen beschäftigten Bergleute haben noch mehr Wünsche. Dort sind die Verhältnisse noch schlechter als an der Saar. Das Arbeitsverhältnis ist nur mangelhaft tariflich geregelt, wenn überhaupt von tariflicher Regelung im lohringischen Bergbau gesprochen werden kann. Die Entscheidung des Ingenieurs ist maßgebend in allen Streitfällen. Die Lohnverhältnisse liegen auch ungünstiger als im Saargebiet. Besonders trostlos ist die Entlohnung der Tagesarbeiter und durch Krankheit oder Unfall frühzeitig geschwächten Leute. Der Unterschied in den Pensionsleistungen zwischen Saargebiet und Lothringen ist erheblich. In der Unfallversicherung übersteigt die Rente im Saargebiet bei gleicher Erwerbsbeschränkung diejenige von Lothringen um durchschnittlich 50 Prozent. Auch die Invalidenrente erreicht nicht die Höhe wie im Saargebiet. Besonders in diesem Versicherungszweig bestehen berechtigte Klagen auch gegenüber der Landesversicherungsanstalt des Saargebietes. Der Redner kam dann auf den Saarknappschaftsverein zu sprechen, der den Gewerkschaften große Sorge bereitet. Durch die Massenentlassungen im vergangenen Jahr kam die knappschaftliche Pensionskasse in direkte Gefahr.

Die Zahl der Beitragszahler zur Pensionskasse hat sich seit dem 1. Januar 1927 bis zum 31. März 1928 von rund 74 000 auf 59 000 verringert. Das macht jährlich einen Beitragsausfall von 13,98 Millionen Franken aus. Die Zahl der Rentenempfänger stieg von 15 500 auf 21 000, so daß jährlich bei einem Ausfall von annähernd 14 Millionen Beiträgen 16 Millionen an Renten mehr auszuzahlen ist.

Es ist klar, daß diese gewaltige Umwälzung im Beitrag und Leistung ein trostloser Zustand für die Kasse bedeutet. Ein Abbau der geringen Leistungen dürfe unter keinen Umständen vorgenommen werden, es könne nur eine Beitragserhöhung von 10 Franken pro Monat und Mitglied Platz greifen. Die Grubenverwaltung aber wolle die Leistungen herabsetzen und die Reserven angreifen. Zur Klärung der Lage wurden schließlich neue Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium in Berlin geführt, die zu einem annehmbaren Abschluß gebracht werden konnten. Danach wird der Saarknappschaftsverein als Sonderanstalt für Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung als gleichberechtigt neben der allgemeinen Invalidenversicherungsanstalt anerkannt, d. h. die Landesversicherungsanstalten beteiligen sich nach Maßgabe der Heidelberger Abrede am Leistungsaufbringen des Saarknappschaftsvereins.

Zusammenfassend stellte Kuhnen fest, daß die allgemeine Lage der Saarbergleute trostlos ist. Diese Lage läßt wenig verspüren von einer Annäherung und Versöhnung der Völker, wovon soviel geredet würde. Die Welt bekommt nur dann einen wahren Frieden, wenn die jetzige Generation ihn schließt. Sobald diese Generation ausgestorben und die neue Generation herangewachsen ist, wird es schwer, wenn nicht ganz unmöglich sein, den wahren Frieden, den wir erstreben, zu bekommen. Versöhnung und Annäherung setzt Verständnis und Opferwille beider Teile voraus. Was in der Politik gilt, gilt auch in der Wirtschaft. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben gemeinsame Interessen an einer blühenden Wirtschaft. Auch hier soll man sich gegenseitiges Verständnis entgegenbringen, und da darf ich wohl sagen, daß die Bergleute an der Saar wirklich mit Geduld die Nöte der Wirtschaft und Folgen der Krise getragen haben. Jetzt muß Schluß sein mit der Mißachtung des Menschen auf der Arbeitsstätte. Die Saarbergleute sind der Ansicht, daß auf ihren Schultern allein die Kosten der Krise abgeladen werden. Eine Krise darf nicht so ausgelegt werden, daß die Arbeiter hungern und darben und ein ganzes Gebiet an den Ruin gebracht wird, indessen der Unternehmer weiter seine Geschäfte macht.

Wir sind der Ueberzeugung, daß bei etwas gutem Willen die Bergwerksdirektion die wenigen Forderungen erfüllen kann. Die Arbeitsordnung und der Tarifvertrag müssen wieder respektiert werden. Von der Saarregierung erwarten wir Hilfe, d. h. Arbeit und Brot für die entlassenen Bergleute. Von der deutschen Regierung weitgehendstes Entgegenkommen für die Bergleute im Grenzgebiet. Gleichzeitig ersuchen wir aber auch die deutsche Regierung, das Los der Bergleute im hiesigen Gebiet durch Abnahme von Kohlen zu erleichtern.

Nach eingehender Aussprache wurden mehrere Entschließungen zur Lohnfrage, zur Entlassung, zur Behandlung der Bergleute und zur sozialen Versicherung angenommen, in denen u. a. angesichts der erheblichen Steigerung der Förderleistungen der Bergarbeiter eine entsprechende Lohnerhöhung, ferner Beseitigung der Mißstände, wie sie sich bei der Entlassung der Bergleute herausgestellt haben, eine bessere Behandlung der Bergleute und schließlich die Inkraftsetzung der von der Saarregierung zugesagten Versicherungsnovellen gefordert wird. Der Gesamtverlauf der Versammlung bestätigte im übrigen, daß die Saarbergleute einmütig der Ueberzeugung sind, daß nach der Lage der Dinge eine wirklich fühlbare Besserung ihres Loses nur durch eine beschleunigte Rückgliederung des Saargebiets und eine Rückübertragung der Saargruben an den preußischen Staat erfolgen kann.

Wie kann dem Saargebiet geholfen werden?

Von der Saar wird uns geschrieben:

Seit Jahren haben sich die Berufsorganisationen der verschiedensten Stände des Saargebietes immer wieder über eine besonders schlechte wirtschaftliche Lage beklagen müssen. Auch die breite Oeffentlichkeit, namentlich die Presse aller Richtungen, mußte sich eingehend mit dieser Frage beschäftigen. Bei der Diskussion über die Ursachen der trostlosen Wirtschaftslage an der Saar herrschte bald Einmütigkeit darüber, daß die Wurzel dieses Uebels in den Bestimmungen des Versailler Vertrages, die für das Saargebiet gelten, zu erblicken ist, weil sie jeder wirtschaftlichen Vernunft geradezu Hohn sprechen. Und da ein Uebel dann am leichtesten zu beseitigen ist, wenn seine tiefsten Wurzeln erkannt sind, forderte man hier begreiflicherweise eine Aenderung des Versailler Vertrags und die schleunige Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich. Auch in bezug auf die Forderung herrscht an der Saar eine restlose Uebereinstimmung. Alle Parteien von rechts bis links sind sich hierin ebenso einig, wie die Berufsorganisationen jeder Art. Selbst die wenigen, die in den ersten Jahren der Abtrennung glaubten, ein von Deutschland losgelöstes Saargebiet würde sich wirtschaftlich besser stehen, als ein mit ihm verbundenes, weil es dann nicht an der Zahlung der großen Reparationslasten teilzunehmen brauche, sind längst gründlich bekehrt worden. Die harten Tatsachen haben sie eines Besseren belehrt. Schon lange rufen sie, meistens noch lauter als andere, aus Ueberzeugung: „Zurück zum Reich, nur die Wiedervereinigung mit Deutschland kann uns retten!"

Wer von Anfang an gegen jede Abtrennung der Saar war und gekämpft hat, wird sich über diese Wandlung nur freuen. Er war sich eben nie im Unklaren darüber, daß das Saargebiet, namentlich wirtschaftlich auf das schwerste leiden werde, wenn es von seinem Vaterlande und damit automatisch von seinem natürlichen Absatzgebiet für seine Haupterzeugnisse abgeschnitten würde. „Zurück zum Reich!" lautete daher seit der Trennung auch seine Parole. Also nicht erst seit 1924, nach der Stabilisierung der Mark, sondern auch schon in der Zeit, als es im Reiche noch sehr schlecht aussah. Als Realpolitiker wird es ihm jedoch immer klarer, daß es mit dieser Forderung — obschon sie die wichtigste ist — allein nicht genug ist, zumal sie weder vom Saargebiet noch von Deutschland einstweilen verwirklicht werden kann. Es will ihm auch kaum scheinen, daß ein wirklich stich-

haltiger Grund zu der Annahme vorliegt, daß die Rückkehr des Saargebietes zum Reiche schon in greifbare Nähe gerückt ist. So schnell, wie man wünscht, und wie manche glauben, gibt Frankreich sein Saarpfand nicht aus der Hand. Alles spricht dafür, daß es das Saargebiet zum mindesten nicht früher freigeben wird, bis die große Frage der Besetzung des linken Rheinufers mit allem, was damit zusammenhängt, endgültig bereinigt ist. Und nach den bisher gemachten Erfahrungen muß man befürchten, daß Frankreich auch dann noch höchstwahrscheinlich versuchen wird, in irgendeiner Weise Einfluß auf das Saargebiet, insbesondere auf seine Kohlen- und Eisenproduktion und ihren Absatz zu behalten.

Man darf sich also nicht mit der Forderung der baldigen Rückkehr des Saargebietes an das Reich begnügen, sondern es muß mit allem Nachdruck versucht werden, auf dem schnellsten Wege zu einer wesentlichen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar zu kommen. In erster Linie gilt es — nachdem man wohl annehmen darf, daß die endgültige Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland nur noch eine Frage der Zeit ist — mit aller Kraft darauf hinzuwirken, daß die Saarbergleute anständig bezahlt werden, und die Ablegungen und Feierschichten aufhören; denn die elenden Löhne der Bergleute, das rücksichtslose Einlegen von Feierschichten und die Massenentlassungen sind augenblicklich die Hauptursache an der trostlosen wirtschaftlichen Lage, unter der nicht nur die Bergarbeiter und ihre Familien seufzen, sondern so ziemlich die ganze Bevölkerung schwer leidet.

Man wird vielleicht fragen, warum werden hier gerade die Bergarbeiter besonders hervorgehoben, obschon es in den anderen Berufen mit den Löhnen durchweg nicht besser steht als im Bergbau. Die Heraushebung der Bergarbeiter geschieht in der Hauptsache deswegen, weil in einem Gebiet, wie das hier in Rede stehende, in dem etwa die Hälfte aller Handarbeiter dem Bergarbeiterberufe angehören, ihre Lohnhöhe für die Löhne der anderen Berufe in der Regel als richtunggebend betrachtet wird. Tatsächlich liegen die Dinge auch so, daß Arbeitgeber und ihre Vertreter, namentlich bei Lohnverhandlungen darauf hinweisen, daß die Löhne der Bergarbeiter niedriger seien. Erst kürzlich geschah dies wieder, und zwar bei Verhandlungen im Baugewerbe. Die schlechten Löhne der Bergarbeiter wirken sich also auch ungünstig auf die Löhne der Arbeiter der anderen Berufe aus. Aber nicht nur das. Es leidet darunter das gesamte Wirtschaftsleben an der Saar; denn wenn ein so großer Teil der Gesamtbevölkerung eines Gebietes dem Arbeiterstande angehört, wie das hier der Fall ist, dann ist die Höhe ihrer Löhne auch ausschlaggebend für den weitaus größten Teil des ganzen Geschäftslebens. Wo die Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung schlecht ist, bleibt der Warenumsatz gering, sinken die Einnahmen aller Gewerbetreibenden und damit auch ihr Verdienst und ihre eigene Kauf- und Steuerkraft, so daß schließlich auch die Gemeinden in Mitleidenschaft gezogen werden.

So gesehen, sind auch die Klagen über schlechten Geschäftsgang des Handels und Gewerbes, der Gemeinden über Mangel an Mitteln, selbst für die Erfüllung der allerdringlichsten Aufgaben und über drückende Not der Landwirte gar nicht verwunderlich. Ein Stand ist eben vom anderen mehr oder weniger abhängig. Auf die Dauer wird es keinem der Hauptstände eines Volkes gut gehen, wenn es den anderen Ständen wirtschaftlich schlecht geht. Gilt dies schon im allgemeinen für die Bevölkerung eines Landes, dann um so mehr für das verhältnismäßig kleine Saargebiet. Es kommt aus der wirtschaftlichen Krise nicht heraus, bis ihre Hauptursache beseitigt ist. Alle Hilfsmaßnahmen bleiben ein Tropfen auf den bekannten heißen Stein, können wohl vorübergehend Erleichterungen bzw. kleine Besserungen bringen, nicht aber eine dauernde Hebung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen. Werden der Arbeiterschaft an der Saar aber ausreichende Löhne gezahlt, und wird sie voll beschäftigt, dann ließe sich zweifellos selbst unter dem jetzigen politischen Zustand eine gewisse dauernde Besserung der wirtschaftlichen Lage erzielen. Um nicht mißverstanden zu werden, sei nochmals betont, daß die Befreiung des Saargebietes aus der Fremdherrschaft und seine restlose Rückgliederung an Deutschland aus politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen solange die wichtigste Forderung ist und bleibt, bis sie verwirklicht ist. Dabei darf aber auf keinen Fall vergessen werden, daß es an der Saar auch andere Aufgaben zu lösen gibt, die nicht als nebensächlich betrachtet werden dürfen. Das gilt in erster Linie für die Lohnfrage der Arbeiterschaft. Und wie aus dem Gesagten hervorgeht, speziell für die Belegschaft der Saargruben.

Es scheint manchmal so, als wenn dies bei dem Bestreben, die Saarfrage recht bald und restlos zur Lösung zu bringen, längst nicht genügend beachtet wird. So dankbar jede Hilfeleistung für besonders Bedürftige anerkannt wird, und so wertvoll sie ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß auch für die im Arbeitsverhältnis Stehenden und die ihrem Alter und Berufe nach Dazugehörenden gesorgt werden muß; ja, daß hier eine erhöhte Pflicht, für sie zu sorgen, vorliegt, weil die Ursache ihrer Not eine Kriegsfolge ist. Das soll und kann nicht durch die Gewährung von Unterstützungen oder gar Lohnzuschüssen geschehen, sondern muß durch außenpolitische Einwirkungen auf die Saarregierung, auf den Völkerbund und auf Frankreich zu erreichen versucht werden. An der Saar ist man der Ansicht, daß es der deutschen Regierung namentlich, seitdem Deutschland dem Völkerbunde angehört, möglich sein müßte, bei reiflicher Ueberlegung und gutem Willen Mittel und Wege zu finden, um den Völkerbund dazu zu bringen, daß er für das Saarland und seine Bevölkerung in angemessener Weise sorgt, und zwar so lange, wie ihm das Saargebiet noch unterstellt ist. Eine Handhabe für ein solches Vorgehen bieten in weitgehendem Maße die Bestimmungen des Versailler Vertrages und der Inhalt der Noten, die 1919 zwischen den Vertretern der Entente in Versailles und der deutschen Regierung über das Saargebiet gewechselt worden sind. Die Bevölkerung des Saargebietes aller Stände, insbesondere auch die Arbeiterschaft, hat bisher schon so große Opfer gebracht und so unzweideutige Beweise ihrer Treue zum deutschen Vaterlande bewiesen, daß sie sicherlich erwarten darf, daß deutscherseits alles geschieht, was möglich ist, um das harte Los der Saardeutschen zu lindern. Stichhaltiges Material für eine ernsthafte Aufrollung der wirtschaftlichen Verhältnisse an der Saar, namentlich auch der Lohnpolitik der französischen Bergverwaltung bei den zuständigen Stellen, namentlich beim Rat des Völkerbundes, werden die wirtschaftlichen Organisationen des Saargebietes ausreichend liefern können und gern sofort zur Verfügung stellen. Wie die Dinge liegen, können die wirtschaftlichen Organisationen und politischen Parteien des Saargebietes allein, so verdienstvoll ihre Tätigkeit war, ist und bleibt, die unbedingt notwendige Wendung zum Bessern nicht erreichen. Sie bedürfen in diesem Falle der nachdrücklichsten Hilfe der deutschen Reichsregierung, die ihnen hoffentlich schnellstens gewährt wird.

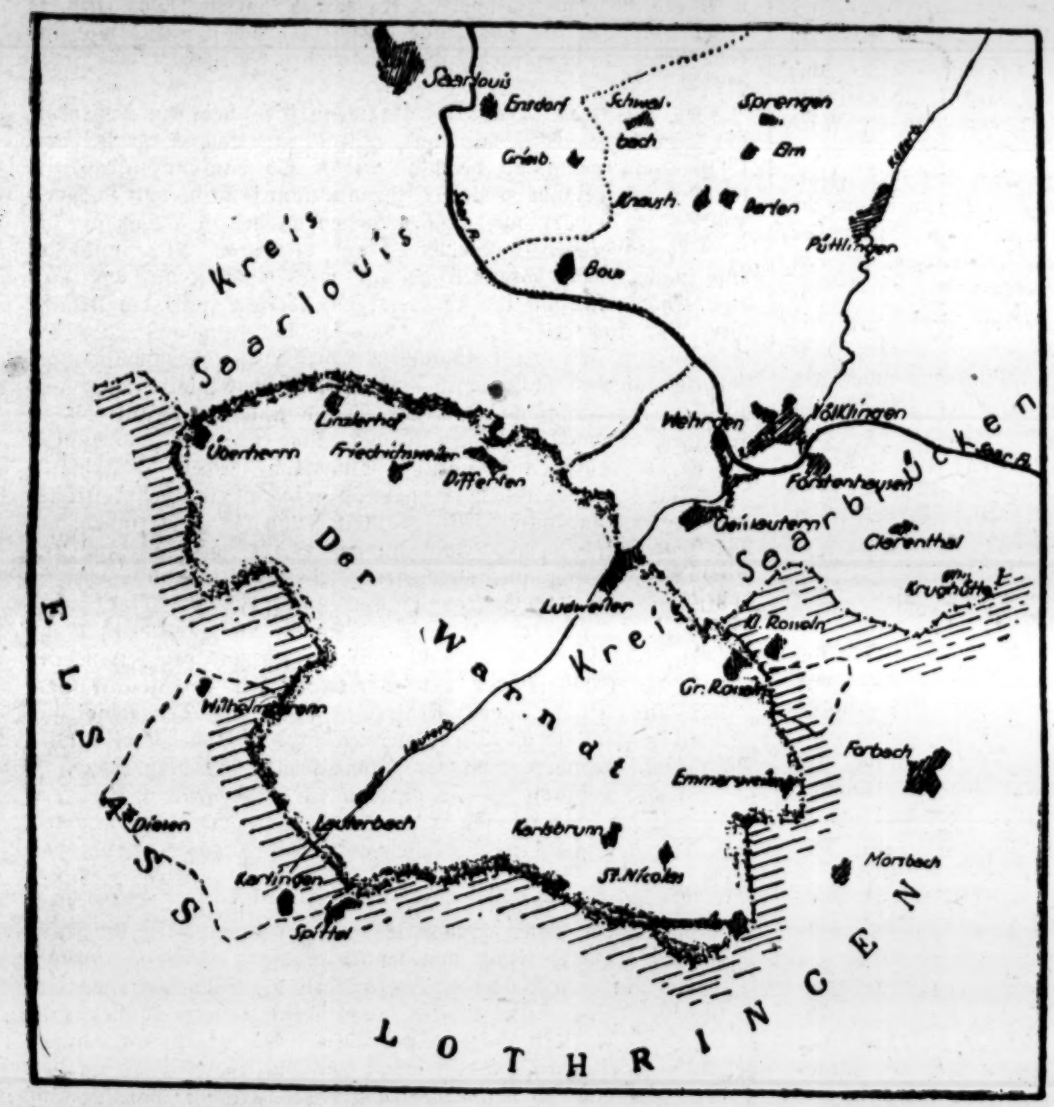
Der Kampf um den Warndt.

Die führenden Politiker und Wirtschaftler des Saargebietes sind sich nach wie vor einig in der Ansicht, daß die Saarfrage noch nichts von ihrem Ernste verloren hat. Nach wie vor steht das Saarland vor ungeheuer großen Schwierigkeiten und Aufgaben, zu deren Lösung im Sinne der Bevölkerung es des Einsatzes stärkster Kräfte bedarf. Wohl besteht allenthalben die Zuversicht, daß der Kampf an der Saar letzten Endes doch zugunsten des Deutschtums ausgehen wird, und sie ist nicht unberechtigt. Man mag sich aber nicht in Ruhe betten und glauben, es sei damit genug. Allen Anzeichen nach sind genügend Kräfte rührig, die die Forderung begründen, daß allüberall, an der Saar und im Reiche, mit vereinten Kräften weiter gearbeitet wird an der Sicherung dieses wertvollen Gebietes deutscher Muttererde, an seiner baldigen Befreiung von unwürdiger Fremdherrschaft.

Nun hat die recht sonderbare Auslegung des Versailler Friedensdiktates im vergangenen Jahre dazu geführt, daß im Rahmen der Saarfrage ein weiteres Problem auftauchte, nämlich die Warndtfrage. Welche Gegend der Saar heißt nun „Warndt", wo liegt der „Warndt" und worum hat dieses Gebiet eine besondere Bedeutung im Rahmen der Saarfrage erlangt. Bezüglich dieser Fragen herrscht heute noch bei vielen Deutschen Unklarheit, wie fast tägliche Erfahrung lehrt.

Die Südwestecke unserer Saarheimat, ein niedriges, wasserreiches Hügelland, das durch seine wohlgepflegten Wälder schon

in den früheſten Zeiten der Saarbrücker Grafen als Jagdgebiet eine große Bedeutung hatte, dieſe Gegend heißt Warndt oder auch Warndtwald. Zur Analyſe dieſer lokalen Bezeichnung, die uns in der Geſchichte in verſchiedener Schreibweiſe begegnet (z. B. Warant, Warend, Warent . . .), ſei kurz bemerkt, daß es ſich nach Besler um das Partizipium des Verbums „wahren" handelt und demnach Warndtwald weiter nichts bedeutet als „Schutz- oder Grenzwald". Ueber den Umfang des Warndts iſt man ſich nicht ſo ganz im klaren, zumal in der Geſchichte gelegentlich auch einmal vom „deutſchen" Warndt die Rede iſt. Zur Saarbrücker Grafenzeit gehörten jedenfalls zum Bereiche des Warndt noch kleinere Gebietsſtriche, die gelegentlich der Grenzregulierung im Jahre 1768 mit Frankreich ausgetauſcht wurden, ſo ein Teil der heutigen lothringiſchen Dörfer Spittel, Kreutzwald und Kleinroſſeln; ebenſo kam damals das heutige lothringiſche Dorf Karlingen an Frankreich, wogegen an Naſſau-Saarbrücken



Emmersweiler nebſt einigen Forſtbezirken kam. Beim eingehenden Studium der Geſchichte des Warndt kann man folgenden Umfang des ſtrittigen Gebietes angeben, d. h. es iſt zum Warndt zu rechnen: die Bürgermeiſterei Ludweiler mit den zu ihr gehörigen Dörfern Ludweiler, Großroſſeln, Emmersweiler, Naßweiler, St. Nikolaus, Karlsbrunn und Lauterbach; ferner die Dörfer Ueberherrn, Differten und Friedrichweiler, auch der Linſeler Hof. Bei der eben erwähnten Grenzregulierung wurde auch das naſſauiſche Dorf Wilhelmsbrunn (heute ein Ortsteil von Kreutzwald), das in der Geſchichte der ſaarländiſchen Glasinduſtrie eine Rolle ſpielt, zu Frankreich geſchlagen. Ueber das Beſtehen der Törfer ſei kurz noch geſagt, daß Großroſſeln, Emmersweiler, St. Nikolaus, Differten und Ueberherrn ſchon mehrere Jahrhunderte vor dem 30jährigen Kriege beſtanden haben, während die Gründungszeit der übrigen Ortſchaften in das 17. und in den Anfang des 18. Jahrhunderts fällt. An die Bedeutung des Warndts iſt auch in jener Beziehung zu erinnern, daß derſelbe die Heimat der ſaarländiſchen Glasinduſtrie iſt; denn auf dem Ludweiler Banne, hart an der lothringiſchen Grenze, erſcheint 1616 die erſte Glashütte; mit der franzöſiſchen Revolution und ihren Auswirkungen in unſerer Saarheimat ſchwand dieſer Induſtriezweig im Warndt und blieb letzterem nur die Ehre.

Man möchte es faſt als eine bedauerliche Tatſache bezeichnen, daß uns das Ausland, unſer weſtlicher Nachbar, die Bedeutung des Warndts erſt klar machen mußte. Als ich vor einigen Jahren und zwar gelegentlich der zahlreichen Bohrverſuche in allen Gegenden des Warndts, die von der franzöſiſchen Bergbehörde mit außerordentlichem Erfolge durchgeführt wurden, in heimatgeſchichtlichen Aufſätzen, veröffentlicht in Zeitungen und Zeitſchriften, die Frage ſtellte, warum der preußiſche Bergfiskus nicht vor dem Kriege das Los der vielen Warndtbergleute durch Anlage einer Grube erleichterte, da wußte man entweder keine Antwort oder man gab dem Ausbruch des Krieges die Schuld. Zuletzt gab man zur Begründung an, daß man die Kohlenſchätze des Warndts als „Reſerven" betrachtete. Jedenfalls wußte man ſchon vor mehreren Jahren — und die franzöſiſche Bergverwaltung ſtellte es mit einem faſt unermüdlichen Eifer feſt —, daß der Warndt der Mittelpunkt eines Kohlengebietes iſt, deſſen Ausläufer faſt allſeits nach Lothringen hinüberſtreichen. Jeder Eingeſeſſene weiß auch, daß ſich die Ausläufer der auf der ehemals preußiſchen Grube Velſen und der auf den nahen lothringiſchen de Wendelſchen Gruben abgebauten Kohlenflöze unter der Roſſel — dieſer Fluß iſt viele Kilometer weit die natürliche Grenze zwiſchen dem Warndt und Lothringen — hindurch in das Warndtgebiet erſtrecken.

Nun hätten der einwandfrei feſtgeſtellte Kohlenreichtum des Warndts, ferner der gewaltige Ausbau der Grenzgruben der lothringiſchen Bergwerksgeſellſchaft „Saar und Moſel" ſchon lange darauf ſchließen laſſen können, daß hier unſaubere Pläne geſchmiedet wurden. Heute verſteht die Warndt-Bevölkerung, die allgemein die unermüdlichen Bohrverſuche mit großem Intereſſe verfolgte, welches Schwindelmanöver man trieb, indem man der Bevölkerung vorzumachen ſuchte, daß man im Warndt, zwiſchen Großroſſeln und Karlsbrunn, eine Grube niedertreiben wolle. Die Bohrverſuche waren offenbar weiter nichts als die Wegweiſer für die unterirdiſche Wühlarbeit in den Kohlenſchätzen des Warndts, die von dem hart an der Saargrenze auf lothringiſchem Boden ſtehenden Doppelſchacht „Reumaux" der Geſellſchaft „Saar und Moſel" eifrig betrieben wurde. Durch dieſe Art trügeriſcher Manipulationen verſtand man es, den von Frankreich ſanktionierten unterirdiſchen Raub jahrelang vor der Oeffentlichkeit zu verbergen; kein Wunder ſchließlich in dem entlegenen und einſamen Saargebietszipfel.

Dieſe ſkrupelloſe Tat gab mit die Veranlaſſung zur ſogenannten Warndtfrage. All die Maßnahmen der Raubbau-Geſellſchaft, die von allen franzöſiſchen Stellen in Paris und Saarbrücken hilfreich unterſtützt wurden, ließen den Willen erkennen, daß man ſich im Warndt für dauernd einzurichten gedachte und in Weiterverfolgung der Kohlenraubpolitik nicht zu ſiſtieren. Wohlbegründet rief dieſe unterirdiſche Verſchiebung der Saarkohle unter franzöſiſchem Protektorat, weiter die damit verbundene ſchwere Schädigung verſchiedener Warndtgemeinden die ſaarländiſche Preſſe und auch den Landesrat auf den Plan; ſelbſtverſtändlich ſchloß ſich die übrige Preſſe und auch der preußiſche Handelsminiſter dem Proteſte an. Die erhobenen Proteſtrufe ſind wohl noch in aller Erinnerung. Das franzöſiſche Vorbereiten und Schaffen ſtarker wirtſchaftlicher Verbundenheiten und Intereſſen, die Anſiedlung von vielen tauſend ſaarländiſchen Bergarbeitern an lothringiſche Randgruben, dieſe Anzeichen mochten ſicherlich genügen, die franzöſiſchen Abſichten in aller

Deutlichkeit erkennen zu lassen. Parallel damit setzte auch die französische Schulpropaganda in einzelnen Warndtdörfern ein, oft genug mit den unwürdigsten Druckmitteln. Es mag nur nebenbei der trotz aller Bemühungen nicht ausgebliebene „kulturelle Hereinfall" erwähnt werden.

So kann also jeder verstehen, daß sich der Warndtbevölkerung im Hinblick auf die erwähnten Tatsachen eine nicht geringe und vor allem nicht unberechtigte Sorge bemächtigte, wo man immer wieder sah, wie neben offensichtlichen Rechtsbrüchen auf alle erdenkliche Weise sich welsche Propaganda breit machte unter Anbietung der verlockendsten Benefizien, ja aber auch unter Anwendung schäbigster Druckmittel. Daß ein Raub kultureller Güter im Saargebiet, im Warndt, ein vergebliches Bemühen ist, diese Einsicht dürfte unserem westlichen Nachbarn wohl gekommen sein. Dies scheint ihn aber nicht zu hindern, immer noch auf ein kleines Tauschgeschäft zu spitzen; teils aus Prestigegründen nämlich, teils aus sehr handfesten materiellen Erwägungen heraus sinnt man wohl auf den Erwerb jenes Südzipfels, der unweit von Forbach in das jetzige französische Lothringen hineinreicht. Um dieses wirtschaftlich ungemein wertvolle Gebiet wird sich letzten Endes aller Voraussicht nach der Endkampf drehen.

Eine große Sorge der Warndtbevölkerung bildete lange Zeit die Frage, wie es mit dem Brot der Bergleute stehen werde — die Warndtbergleute arbeiten mit wenigen Ausnahmen auf den lothringischen Grenzgruben: Kleinrossel, Merlenbach, Spittel, Karlingen und Kreutzwald —, wenn die Rückgliederung des gesamten Saargebietes an das Reich vollzogen sein wird. Nun wissen wir seit Mitte November vergangenen Jahres, daß diese Frage durch die uns seitens maßgebender saarländischer Politiker vermittelten Zusagen des Reiches geklärt ist. Befürchtungen einer eintretenden Brotlosmachung durch Massenentlassungen auf eben genannten Gruben sind grundlos, weil im kohlenreichen Warndt eine Grube angelegt werden wird. Es bedarf wohl kaum einer besonderen Erwähnung, welche verkehrswirtschaftlichen Vorteile für den Warndt nach Erfüllung dieser Zusage zu erwarten sind. Nebenbei mag man es sehr bedauern, wenn infolge mangelhafter Vertrautheit mit der politischen Lage im Saargebiet eine längst schon begrabene Sorge wieder aufgefrischt wurde.

Eine erfreuliche Tatsache ist es, daß im vergangenen Jahre die Presse des übrigen Reiches in erheblichem Maße sich der Saar- und Warndtfrage annahm; wohl hat es lange gedauert, bis man dort den uns in der Südwestecke drückenden Fragen die Bedeutung beigemessen, die ihnen zukommt. Anerkannt sei hier auch, daß der Bund der Saar-Vereine ein großes Verdienst an der Interessierung der Reichspresse für Saarfragen hat. Niemanden wird es geben, der nicht alle diese Bemühungen mit großer Genugtuung begrüßte. Zusammenfassend sei besonders betont, daß es durchaus falsch wäre, wollte man glauben, daß die Saarfrage und mit ihr das Warndtproblem vollauf geklärt und nun nichts mehr in dieser Richtung zu tun wäre. Den besten Beweis, daß noch recht viel zu tun ist, hat uns die Warndtbevölkerung selbst geliefert. Die Gerüchte von einer Preisgabe des Warndtgebietes sind noch nicht völlig verstummt, und die Bevölkerung dieses wertvollen Fleckchens deutscher Muttererde wittert nach wie vor eine politische Gefahr, nämlich die, daß der Warndt eventuell als Kompensationsobjekt dienen soll. Bemerkenswert ist immerhin die erstandene Warndtbewegung, bei deren Bestrebungen an erster Stelle das Wort „Heimat" aufs Panier gesetzt wurde. Man hat erkannt, daß es höchste Zeit ist, sich wieder auf sich selbst zu besinnen, das Stammesbewußtsein erneut wachzurufen. Wohl hat die Bevölkerung trotz aller emsig betriebener Westpropaganda nie einen Hehl aus ihrer deutschen Gesinnung gemacht, im Gegenteil, stets Treue und Anhänglichkeit zum angestammten Mutterlande bewiesen, wobei nur an die Tage der Jahrtausendfeier erinnert sei. Diese Tatsache schließt aber nicht die Notwendigkeit aus, bei aller drohenden Gefahr die Gefühle der Heimat- und Vaterlandsliebe zu hegen, zu pflegen und zu festigen. Es ist sicher keine unberechtigte Forderung, wenn dieses arbeitsame Völkchen in der gefährdeten Südwestecke unserer Saarheimat, die es wegen des Reichtums seiner unterirdischen Schätze und auch wegen seiner Naturschönheiten liebt und schätzt, die Forderung stet, daß man dieser Heimatscholle jedweden Schutz angedeihen läßt, sich dieses Gebietes in jeder denkbaren Weise annimmt. Dies wäre auch gleichzeitig eine verdiente Anerkennung für die treue Anhänglichkeit, die die Warndtbevölkerung zu Zeiten tiefster Demütigungen und Prüfungen unentwegt an den Tag legte. Daß der Warndtbewohner wie der Saarländer überhaupt eine Gesundung seiner wirtschaftlichen wie rein persönlichen Verhältnisse nur nach einem Wiederanschluß an seine natürliche Heimat, das Reich, erwartet, das zeigt auch die Tatsache, daß er auf die verführerischen Phrasen eines vor einiger Zeit verbreiteten Flugblattes, in dem „die Zukunft des Saargebietes" einer Betrachtung gewürdigt wurde, nicht das geringste setzte. Wenn da geschrieben wird, „Frankreich sei gar nicht willens, eine derart ihm gegenüber feindlich eingestellte Bevölkerung als einen glühenden Pfahl sich ins Fleisch einzustoßen, an welchem Fremdkörper es lebenslang kranken würde", so glaubt niemand im Saargebiet an eine derartige Vertuschung versteckter Absichten. Auch die nächste Redewendung „Jeder bleibe was er ist; aus einem Saarländer macht man nie einen guten Franzosen, noch einen echten Preußen" ändert nichts an der Tatsache, daß man letzten Endes mit Gewalt eine kerndeutsche Bevölkerung von dem angestammten Mutterlande wegzureißen sucht, sofern die Interessen es gebieten. Frankreich dürfte hier nicht besser handeln als Belgien es bereits tat. Wie verfänglich könnte eine andere auf dem Flugblatte stehende Phrase klingen: „Am besten seid ihr (nämlich Saarländer) unter euch alleine, da vertragt ihr euch am allerbesten; denkt daran für später, wo ihr einst um eure Freiheit würfeln dürft!" Freilich werden wir Saarländer um unsere Freiheit würfeln, wenngleich die Würfel schon gefallen sind; jedoch wissen wir, wie es mit unserer Freiheit bestellt ist, die wir seit der Völkerbundsregierung haben. Wir an der Saar, besonders in der politisch sehr gefährdeten Warndtgegend wissen, daß unsere Freiheit, unsere Selbstbestimmung erst nach dem Wiederanschluß an das Reich hergestellt sein wird. B.

Gefährdete Eckpfosten.

Unter dieser Ueberschrift behandelt der bekannte rheinische, politische Schriftsteller Dr. Karl Mehrmann-Koblenz in der Zeitungskorrespondenz „Das Rheinland" die politischen Gefahren an der Saar, wie sie durch in Versailles geschaffene Lage der Saarwirtschaft infolge der Abschnürung des Saargebiets von seinem angestammten Vaterland und seinem natürlichen Absatzgebiet hervorgerufen worden sind. Dr. Mehrmann weist darauf hin, daß die französische Politik von jeher im höchsten Grade konservativ ist, und daß sie noch nie ihre Endziele gänzlich aufgegeben habe. Sie habe zwar, wo sie auf Widerstand stieß, diese Ziele zeitweilig verschoben, immer aber mit der Hoffnung, sie bei günstigerer politischer Konjunktur wieder hervorzuholen. Das beweise die Schulpolitik Frankreichs an der Saar, die die Besorgnis noch immer nicht beseitige, daß die französische Grubenverwaltung die Nichtentlassung und die Wiedereinstellung deutscher Bergarbeiter abhängig mache von der Einschulung von Kindern deutscher Saarbergleute in den französischen Unterricht. Bis zum Jahre 1935 sei eine lange Zeit, und wenn Clemenceaus Behauptung, es seien 150 000 Franzosen an der Saar, 1919 eine Lüge war, so könnten sieben Jahrgänge bis zur Volksabstimmung vielleicht doch noch die Hoffnung der Franzosen nähren, daß der Bluff des Jahres 1919 der Wahrheit bis zum Jahre 1935 näherkommen möge. Mit gutem Fug und Recht habe daher am 3. März d. J. im Landesrat der Sprecher des Zentrums sowie der der sozialdemokratischen Fraktion die radikale Lösung der Saarfrage als Mittel auch zur Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gefordert.

Der Verfasser zieht dann gewisse Vergleiche mit einem ähnlich gefährdeten Eckpfosten des besetzten Gebietes, nämlich mit dem Aachener Kohlenrevier. Während die Saarwirtschaft durch eine politische Künstelei mit dem französischen Wirtschaftsgebiet vereinigt wurde, habe der Aachener Bezirk seinen Zusammenhang mit dem deutschen Mutterland behalten. Die Saar sei mit Gewalt nach dem Westen orientiert worden; aber die inzwischen aus ihrer Zerstörung neuentstandene französische Kohlenproduktion verwehre der Saarkonkurrenz den ausreichenden Eintritt ins Innere Frankreichs. Dr. Mehrmann weist darauf hin, daß dem Aachender Kohlenrevier neuerdings im Westen eine scharfe Gegnerin durch die holländische Steinkohlenförderung erstanden sei. Damit sei dem Aachener Revier für einen Austritt nach Westen ebenso eine Schranke errichtet wie dem Saargebiet durch den Wiederbetrieb der im Krieg zerstörten Gruben Frankreichs. Süddeutschland sei von der Saarkohle nach ihrer geographischen Lagerung immer als ihr Gesamtabsatzgebiet betrachtet worden. Von der Konkurrenz der billiger verfrachteten holländischen

Kohle kämen also das Aachener Revier und das Saargebiet in die gleiche schwierige Lage. Auch im benachbarten Belgien würden, wie man sagt mit französischem Kapital, neue ertragreiche Kohlenfelder im Kempener Gebiet aufgeschlossen. Ihr Vorstoß nach Deutschland hinein müsse zu einer Erschütterung der wirtschaftlichen Grundlage der beiden Eckpfosten des besetzten Gebietes führen. Die westliche Kohlenindustrie und das westliche Kapital befänden sich auf dem Vormarsch nach dem Osten. Es bedürfe keiner langen Ausführungen um die ungeheure politische Bedeutung einer Unterwühlung und Eroberung des Fundamentes der beiden Eckpfosten für die Behauptung des besetzten Gebietes zu erkennen. Stürzten die beiden wirtschaftlichen Eckpfeiler ein, so rolle das ganze besetzte Gebiet nach. Die militärpolitische Eroberung des gesamten linken Rheinufers sei Frankreich-Belgien mißglückt; der wirtschaftspolitische Versuch sei im Werden.

Es bestehe eine Möglichkeit, dem zu begegnen. Es müsse der Saar- und der Aachener-Kohle die Gelegenheit gegeben werden, ihre Absatzkosten nach Süddeutschland zu verringern auf demselben Wege, auf dem Holland durch seinen Kanalausbau und Belgien durch den geplanten Schelde-Rhein-Kanal die Verfrachtung zu verbilligen suche. Die Nordwestecke des besetzten Gebietes schreie nach dem Aachen-Rhein-Kanal, die Südwestecke rufe nach dem Pfalzkanal. Dazwischen liege die Saar-Mosel-Kanalisierung. Es handele sich nicht mehr um rein wirtschaftliche Interessen, es handele sich um ein reichsdeutsch-politisches Verlangen.

Morize gegen die wirtschaftlichen Interessen des Saargebiets.

Zu der von uns bereits behandelten Anordnung des französischen Mitgliedes der Saareregierung Morize zur Auflösung der Abteilung für Handel und Gewerbe zum Schutze saarländischer Interessen, weist die „Saarbrücker Landeszeitung" darauf hin, daß diese Abteilung (Oberregierungsrat Dr. Tils) am 10. März d. J. eine Verfügung erließ, die gewisse Maßnahmen zum Schutze der saarländischen Märkte vorsah und zwar wurde auf Grund dieser Verfügung den Ortspolizeibehörden mitgeteilt, daß ausländische Markthändler zu den saarländischen Märkten nicht zugelassen sind. Diese Verfügung war notwendig geworden, weil namentlich französische Markthändler die saarländischen Kirmes- und Jahrmärkte geradezu überschwemmten, während umgekehrt die saarländischen Markthändler in Elsaß-Lothringen nicht zugelassen sind. Die erwähnte Verfügung vom 10. März 1928 entsprach also einer berechtigten Forderung der Saarwirtschaft.

Diese Verfügung, die der Leiter der Abteilung für Handel und Gewerbe zum Schutze saarländischer Interessen erließ, hob Herr Minister Morize unterm 15. April auf, mit der Begründung, daß sie gegen die Gewerbeordnung verstoße. Gleichzeitig verfügte er die Auflösung der Abteilung, wahrscheinlich, damit „solches nicht wieder vorkomme", und damit er nicht allein auf weiter Flur stehe, ließ er diese Maßnahme durch einen Beschluß der Regierungskommission vom 18. April gutheißen.

In der inzwischen bekannt gewordenen Begründung wird dem bisherigen Leiter der Abteilung für Handel und Gewerbe folgendes vorgeworfen: 1. er habe sich Rechte aus dem § 64 Absatz 3 der Gewerbeordnung angemaßt, die im Reich dem Bundesrat und im Saargebiet der Regierungskommission unterständen; 2. habe er in die Befugnisse der Fremdenpolizei eingegriffen und 3. habe er den Zustand der Rechtsgleichheit verletzt, da in Frankreich die saarländischen Handels- und Gewerbeinteressen nimmer und nirgends gefährdet seien.

Wie das erwähnte Saarbrücker Blatt hierzu bemerkt, wird unter 1 und 2 Herrn Dr. Tils etwas vorgeworfen, was, juristisch gesehen, wenig stichhaltig ist. Z. B. bezieht sich der §64 Abs. 3 der D. G. O. lediglich auf aufenthaltsberechtigte Ausländer bzw. Nichtsaarländer, die aber von der Tilsschen Verfügung überhaupt nicht berührt worden sind, sondern lediglich nicht aufenthaltsberechtigter Nichtsaarländer. Schleierhaft ist auch die Bemerkung bezüglich des Eingriffes in die Befugnisse der Fremdenpolizei, da die Verweigerung einer Handelserlaubnis anerkanntermaßen nicht die Befugnisse einer Instanz lahmlegen kann, die, wenn es sich um Franzosen handelt so wie so nichts „to seggen hat", denn bekanntlich bedürfen die Franzosen zur Einreise keinerlei saarländischen Visa, was umgekehrt immer noch der Fall ist. Wie es aber mit der in Frankreich geübten gerühmten Parität in Wirklichkeit (nicht in den Gedankengängen des Herrn Morize) bestellt ist, darüber gibt ein anschauliches Bild ein Brief des Schutzvereins für Handel und Gewerbe, den dieser in der Angelegenheit am 19. 4. an den Präsidenten der Regierungskommission gerichtet hat und der folgende Erbaulichkeiten vermeldet:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Wir beehren uns, Ihnen folgendes zu unterbreiten:

Unter dem 10. März 1928 hatte die Abteilung Handel und Gewerbe der Regierungskommission eine Verfügung erlassen, wonach nichtsaarländische Händler auf Jahr- und Kirmesmärkten des Saargebietes nicht erscheinen dürfen. Diese Verfügung entsprach in ihrer Grundtendenz einer Forderung, die in unseren Mitgliederkreisen immer wieder erhoben wurde, denn es wurde wiederholt beanstandet, daß nichtsaarländische Händler die saarländischen Veranstaltungen geradezu überschwemmen, viel Geld aus dem Saargebiet mitnehmen, während umgekehrt den saarländischen Markthändlern der Besuch lothringischer Märkte vollkommen unmöglich ist. Die erwähnte Verfügung entsprach also einer durchaus berechtigten Forderung der Wirtschaft und war geeignet, einen für das Saargebiet höchst nachteiligen Zustand zu beseitigen. Die Verfügung wurde deshalb in unseren Reihen lebhaft begrüßt. Um so größer war das Erstaunen und Befremden, als durch die Presse bekannt wurde, daß die genannte Verfügung durch das Mitglied der Regierungskommission für Handel und Gewerbe rückgängig gemacht worden ist, weil sie angeblich gegen die Gewerbeordnung verstößt. Dadurch ist praktisch wieder der Zustand hergestellt, daß ausländische Händler im Saargebiet eine Vorzugsstellung genießen, die den saarländischen Hämolern seitens Frankreichs nicht zugebilligt wird. Die Aufhebung dieser Verfügung bedeutet deshalb eine ganz ernstliche Schädigung der Saargebietsinteressen. Wir richten infolgedessen an Sie, sehr geehrter Herr Präsident, die dringendste Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß sofort geeignete Maßnahmen zum Schutze der saarländischen Wirtschaftsinteressen getroffen werden. Wir wiederholen unsere alte Forderung, die sich auf § 64 der Gewerbeordnung stützt, und bitten, dafür einzutreten, daß den französischen Händlern der Besuch saarländischer Kirmes- und Jahrmärkte so lange untersagt wird, wie umgekehrt die saarländischen Händler in Frankreich nicht zugelassen sind.

Gleichzeitig erlauben wir uns, darauf aufmerksam zu machen, daß wir schon seit über Jahresfrist auf eine erträgliche Regelung der Fragen der Reiselegitimationen für saarländische Reisende in Frankreich warten. Auch hier haben wir es mit einer Sachlage zu tun, die sich einseitig zuungunsten des Saargebietes auswirkt. Während nämlich die Regierungskommission durch eine Verfügung vom 15. Januar 1921 die französischen Reiselegitimationen ohne weiteres im Saargebiet anerkennt, werden umgekehrt die saarländischen Reiselegitimationen in Frankreich nicht anerkannt. Dieser Zustand hat zu den größten Unzuträglichkeiten geführt, ganz abgesehen davon, daß er zweifellos eine außerordentliche Benachteiligung der Saarwirtschaft darstellt.

In den beiden genannten Fällen, also sowohl in der Marktfrage, als auch in der Reiselegitimationfrage, muß nach unserer Ansicht zum Schutze der Saargebietsinteressen und aus Gerechtigkeitsgründen der Zustand einseitiger Begünstigung französischer Interessen beseitigt und darauf hingewirkt werden, daß zwischen Saargebiet und Frankreich in diesen Punkten Gegenseitigkeit besteht. So lange dieser Standpunkt von Frankreich nicht anerkannt wird, bitten wir, Maßnahmen zu treffen, daß die saarländischen Märkte gegen den ausländischen Zuzug geschützt werden, und daß außerdem von den französischen Reisenden eine besondere Saargebietslegitimation gefordert wird, es sei denn, daß Frankreich dem Saargebiet die gleichen Vergünstigungen gewährt, die es schon seit Jahren im Saargebiet genießt."

Der Ausschuß des Schutzvereins für Handel und Gewerbe faßte in seiner letzten Sitzung folgende Entschließung:

„Der Ausschuß des Schutzvereins für Handel und Gewerbe nahm in seiner Sitzung vom 8. Mai 1928 mit Bedauern davon Kenntnis, daß die zum Schutz der saarländischen Märkte erlassene Verfügung der Abteilung Handel und Gewerbe der Regierungskommission wieder aufgehoben worden ist. Die Begründung, daß diese Verfügung rechtsungültig sei, vermag der Schutzvereinsausschuß nicht zu teilen. Im übrigen ist er der Meinung, daß, wenn die Verfügung tatsächlich rechtsungültig wäre, die Regierungskommission die Verpflichtung gehabt hätte, sich nicht mit der Aufhebung zu begnügen, sondern sofort andere geeignete Maßnahmen zum Schutz der saarländischen Märkte gegen Ueberfremdung durchzuführen. Da bis heute noch nicht solche Schutzmaßnahmen getroffen worden sind, wird die Regierungskommission dringend gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß diese Frage in einer für das Saargebiet befriedigenden und gerechten Weise geregelt wird.

Auch für die plötzliche Aufhebung der Abteilung Handel und Gewerbe bei der Regierungskommis-

sion kann der Schutzvereinsausschuß einen zwingenden Grund nicht erblicken. Vor allem muß bedauert werden, daß diese Aufhebung ebenso wie die Rückgängigmachung der eingangs erwähnten Verfügung erfolgt ist, ohne daß die Regierungskommission sich vorher mit den zuständigen Vertretungen von Handel und Gewerbe in Verbindung gesetzt hat. Der Schutzvereinsausschuß bittet dringend darum, daß die Regierungskommission es nicht versäumt, künftig vor derartig einschneidenden Maßnahmen die Vertretungen der Wirtschaftsverbände zu hören.

In diesem Zusammenhang erhebt der Ausschuß nochmals Beschwerde darüber, daß die Frage der Legitimationen für saarländische Reisende in Elsaß-Lothringen immer noch nicht die seit über Jahresfrist geforderte gerechte Regelung gefunden hat. Auch hier wird dringlichst darum gebeten, daß die Regierungskommission nunmehr endlich den immer wieder beklagten Mißstand beseitigt und dafür Sorge trägt, daß saarländische Reisende dieselben Vergünstigungen in Elsaß-Lothringen erhalten, wie sie den französischen Reisenden im Saargebiet gewährt werden."

Nachträgliches aus der ersten Sitzung des neuen Landesrats.

Der am 25. März neugewählte Landesrat trat am 3. Mai zu seiner ersten Sitzung zusammen. Wir sind kritisch auf diese Verhandlungen bereits eingegangen, halten es jedoch für notwendig, aus dem Wortlaut der von den einzelnen Parteivertretern abgegebenen grundsätzlichen Erklärungen noch einiges nachzutragen. Während nach den Bestimmungen des Landesrats entgegen jeder parlamentarischen Forderung die Regierungskommission selbstherrlich den Präsidenten des Landesrats bestimmt, teilte eingangs der Sitzung der Staatskommissar Heim mit, „daß die Regierungskommission den Landesrat ersuche, ein Mitglied des Landesrats zum Amt des Vorsitzenden zu präsentieren". Mit diesem Kompromiß glaubte offenbar die Regierungskommission der seit Jahr und Tag erhobenen Forderung der Parteien des Landesrats zu begegnen, daß er sich selbst seinen Vorstand wählt. Unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung dieser Forderung sprach sich der Landesrat für die Beibehaltung des bisherigen Präsidenten Scheuer aus, während zu Beisitzern gewählt wurden die Abg. Schneider (Sozialdemokrat) und Daub (Kommunist).

Dann ging das Haus dazu über, programmatische Erklärungen der einzelnen Parteien entgegenzunehmen. Für das Zentrum sprach der Abgeordnete Levacher. In seiner Erklärung heißt es u. a.:

„In den verflossenen acht Jahren, seitdem das Saargebiet unter der Hoheit des Völkerbundes und unter der Verwaltung der Regierungskommission steht, ist der klare und unumstößliche Beweis erbracht worden, daß das Saargebiet, sofern es noch lebensfähig bleiben soll, möglichst bald zum angestammten Vaterland zurückkehren muß. In Wirklichkeit marschiert das Saargebiet ja schon seit Jahren auf den Krücken des Reiches. Die möglichst baldige Rückkehr liegt auch im Interesse des Friedens und der notwendigen Verständigung zwischen den beiden Nachbarländern Deutschland und Frankreich.

Die Zentrumsfraktion sieht es als ihre vornehmste Aufgabe an, alles zu tun, um die unversehrte Rückkehr des Saargebietes zum Deutschen Reiche zu beschleunigen und hofft zuversichtlich, daß dies noch vor Ablauf der neu begonnenen Legislaturperiode des Landesrats geschieht.

So lange aber das Saargebiet noch unter der Verwaltung der Regierungskommission steht, müssen endlich die Differenzen schwinden, die zwischen der Bevölkerung und der Regierungskommission bestehen. Dr. Levacher unterbreitete dann die Forderungen des Zentrums, aus welchen wir hervorheben:

Aufhebung aller Ausnahmegesetze politischer und sonstiger Art;

Aufhebung sämtlicher Gesetze und Verordnungen, die mit Rücksicht auf französische und nicht rein saarländische Wirtschaftsinteressen entstanden sind;

Beschränkung der französischen Schulen auf Kinder französischer Nationalität;

Beseitigung der ausländischen Beamten aus leitenden Stellungen der Regierungskommission;

Ausgestaltung der zu erlassenden Gesetze und Verordnungen nach dem Gutachten des Landesrates;

Erweiterung der kümmerlichen Rechte des Landesrates;

Maßnahmen zum Schutze der Jugend vor den schlimmen Gefahren durch Schmutz und Schund;

Unantastbarkeit der Selbständigkeit kommunaler Selbstverwaltungskörper;

Völlige Revision und sozialere Ausgestaltung der saarländischen Steuergesetze und baldige Vorlage der notwendigen Entwürfe an den Landesrat;

Dr. Levacher fuhr dann fort:

Die wirtschaftliche Lage im Saargebiet ist sehr ernst. Innerhalb fünf Monaten wurde die Belegschaft der Saargruben um fast 15 000 Arbeiter verringert. Die Folgen treffen das ganze Saargebiet. Die Bergleute und Hüttenarbeiter stehen zurzeit in einer Lohnbewegung. In der Hüttenindustrie sind die Lohnverhandlungen gescheitert. Die Bergleute befinden sich in großer Erregung wegen der fortgesetzten Entlassungsmaßnahmen und der schlechten Behandlung, die ihnen durch die Organe der Grubenverwaltung zuteil wird. So drohen dem Wirtschaftsleben des Saargebietes sehr ernste Erschütterungen. Um ihnen vorzubeugen, ersucht die Fraktion die Regierungskommission aufs dringendste, alles zum Schutze der Bergarbeiter und der übrigen Arbeiter zu tun und entschieden für eine höhere Bemessung des Lohnes einzutreten; vor allem muß sie in den staatlichen Betrieben mit gutem Beispiel vorgehen. Es ist die höchste Zeit, daß die Verarmung unserer Arbeitnehmerschaft gründlich behoben wird, was im Interesse des ganzen Mittelstandes liegt, dessen Schwierigkeiten nicht zuletzt in der unzureichenden Entlohnung der Arbeitnehmerschaft ihre Ursache haben.

Die augenblickliche trostlose Lage der saarländischen Landwirtschaft, besonders der Betriebe, die nicht noch Nebeneinnahmen haben, dürfte allgemein bekannt sein. Die Verschuldung nimmt wegen der ungesunden, allzuhohen, für die Landwirtschaft nicht tragbaren Zinspolitik von Tag zu Tag immer mehr zu. Durch ungenügenden Schutz der heimischen Erzeugnisse gegenüber der weitaus billiger produzierten Auslandsware verschlechtert sich der Absatz laufend.

Pflicht der Regierung muß es sein, helfend einzugreifen.

Die bereits ausgegebenen kurzfristigen Notstandskredite sind in langfristige umzuwandeln, und weitere Mittel für billige, langfristige Kredite, sowie Zinszuschüsse bereitzustellen. Durch entsprechende Gesetze und Verordnungen, sowie deren strikte Durchführung sind die Erzeugnisse der Saarlandwirtschaft zu schützen.

Die Fraktion erwartet von der Regierungskommission, die nunmehr eine etwas andere Zusammensetzung zeigt, daß sie ebenfalls ihre höchste Aufgabe in der strikten Beachtung der Pflichten sieht, die sie zur Wahrung und Förderung des Volkswohles zu erfüllen hat. Die Regierungskommission ist eingesetzt worden, um zu treuen Händen einen deutschen Volks- und Gebietsteil gut und gerecht zu verwalten. Sie muß daher endlich davon abkommen, die Interessen eines fremden Landes zu schützen und zu fördern.

Um nochmals allen falschen Auslegungen zu begegnen, die vornehmlich in einer gewissen Presse Frankreichs immer wieder zu finden sind, betonen wir zum wiederholten Male:

Wir fühlen uns gemäß unserer Denkart, Herkunft und Schicksalsverbundenheit als deutsche Staatsbürger, die noch nie einen anderen Wunsch kannten, als ewig ungetrennt mit dem deutschen Volke und dem Deutschen Reiche verbunden zu bleiben. Darum werden wir weiter mit aller Entschiedenheit dafür kämpfen, daß das Saargebiet bis zum letzten Quadratzentimeter und zum letzten Pfund Kohlenvorkommen möglichst bald zum Deutschen Reiche zurückkehrt. Dieses Handeln gebietet uns die höchste Bürgerpflicht. Deutsch sind wir und deutsch bleiben wir allen Widersachern zum Trotz!

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Abg. Dr. Sender. Aus seinen grundsätzlichen Darlegungen zur Saarpolitik heben wir folgendes hervor:

Die Sozialdemokratie des Saargebiets hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß das Saarproblem nur dann eine restlose und glückliche Vereinigung finden kann, wenn die Verständigungsbestrebungen in Europa und insbesondere die deutsch-französische Aussöhnung Fortschritte macht. Der Völkerbund, unsere oberste Instanz, ist das, was seine Mitglieder aus ihm machen. Die Sorge des Völkerbundes für sein Völkerbundsland war immer vorbelastet mit den Sorgen der dort maßgeblichen Regierungsvertreter um die Schmerzen ihres eigenen Landes und ihrer Regierungen. Das Saargebiet und seine Politik waren deshalb immer ein Kuhhandelsobjekt zwischen den maßgebenden Großmächten und wir haben im Saargebiet genau die gleiche Erfahrung machen müssen, wie sie das Rheinland machte: Sein und unser Schicksal wurden immer leicht genommen, wenn sich die Sieger des Weltkrieges über ihre größeren Probleme zu einigen versuchten und in die Kompromißmasse Saar- und Rheinland mit ihrem nicht allzu großen Gewicht zum Ausbalancieren hingeworfen.

In der Ernennung des finnischen Mitglieds der Regierungskommission, Ehrnrooth, erblickt Dr. Sender letzten Endes eine Stärkung der englischen Position innerhalb der Regierungskommission des Saargebiets. Im übrigen erklärte er, daß über der Fülle der Aufgaben, die der Regierungskommission des Saargebietes und ihrem begutachtenden Organ, dem Landesrat, für die Besserung der Verhältnisse an der Saar gestellt sind, das wesentlichste nicht übersehen werden darf: eine grundlegende Aenderung der unhaltbaren Verhältnisse im Saargebiet ist sowohl auf politischem wie wirtschaftlichem und sozialem und kulturellem Gebiete nur herbeizuführen durch baldigste Rückgliederung der Saar nach Deutschland.

Er verwies nochmals auf die wiederholt aufgestellten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Forderungen der Sozialdemokratie. Wenn aus der Fülle des Notwendigen die unhaltbare Lage der saarländischen Arbeitnehmer nochmals herausgegriffen würde, so deshalb, weil die Entlassungen im Bergbau und die Entlassungen in der Hüttenindustrie diese ständig eiternde Wunde am saarländischen Volkskörper noch einmal allen sichtbar aufgezeigt haben.

Auch diese Wunde kann erst dann zu heilen anfangen, wenn die Wirtschaftsverhältnisse des Saargebiets durch die Rückgliederung nach Deutschland grundlegend und mit tiefem sozialen Verständnis geändert werden. Deshalb erheben wir noch einmal zur Forderung aller Forderungen: Rückkauf der Gruben und Rückkehr zur deutschen schwarz-rot-goldenen Republik.

Regierungskommission, Bergwerk und Industrie zeigten sich nicht fähig und gewillt, die saarländische Arbeitnehmerschaft aus ihrer grausamen und katastrophalen Lohnsituation herauszuholen. Aus der Arbeitnehmerschaft schöpfe die Regierung Steuern um Steuern und verfüge darüber mit absoluter Methode, ohne dem Landesrat das Budgetrecht einzuräumen. Es sei höchste Zeit, daß das Saargebiet aus seinem Eilandsdasein befreit werde. Die Sozialdemokratie habe keine Hoffnung, daß es bis zum Jahre 1935 zu einem irdischen Paradiese umgewandelt sein werde.

Der Sprecher der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, Abg. Schmelzer, stellte zunächst fest, daß die Forderungen des Abg. Levacher Forderungen des gesamten Landesrates seien, vor allem die Forderung auf baldige Rückkehr zum Deutschen Reiche. Demnächst werde er auf Dinge zurückkommen, die bewiesen, wie sehr das französische Mitglied der Regierungskommission von seiner selbstverständlichen Treuhänderpflicht abgekommen sei und wie die bereits in der „Umstellung" begriffenen Ueberläufer jetzt schon wieder in das französische Horn bliesen. Man werde insbesondere die deutsche Delegation beim Völkerbund von Angelegenheiten unterrichten die nicht der Verständigung dienten. Hinsichtlich der Schulforderungen bestehe die Deutschsaarländische Volkspartei darauf daß vor der Rückkehr des Saargebiets zum Reich an den jetzigen Verhältnissen nichts geändert werde. An die Regierungskommission sei die Forderung auf Beachtung der Landesratsgutachten zu richten. So habe z. B. die Regierungskommission mit keinem Wort auf die Vorschläge zur Wohnungsverordnung reagiert. Sei Monaten sei der Umrechnungsfaktor für die Mietpreisbildung der gleiche geblieben, obwohl die Beisitzer aus der Bevölkerung hätten Wandel schaffen wollen. Auch das Steuerabkommen zwischen dem Saargebiet und Frankreich sei ohne Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung abgeschlossen worden. Es wäre nicht nur Anstandspflicht der Regierung gewesen, den Landesrat über das Ergebnis der Verhandlungen zu informieren, sondern der Landesrat hätte sogar vorher um seine Meinung gefragt werden müssen. Bezüglich der Verhandlungen über die Aufnahme des Luftverkehrs habe die Regierungskommission nichts getan, um die Angelegenheit vorwärts zu bringen. Dabei werde das Saargebiet fast Tag für Tag von französischen Flugzeugen überflogen.

Der Redner trat noch für eine tatkräftige Unterstützung der notleidenden und stark verschuldeten Landwirtschaft ein. Sicherlich werde das Reich hier eingreifen müssen, um die Landwirte vor dem Aeußersten zu schützen. Abg. Schmelzer wendet sich noch dagegen, als habe man dem neuen Minister v. Ehrnrooth Vorschußlorbeeren gespendet. Es liege kein Anlaß zur Annahme vor, daß Herr Ehrnrooth gegen den Geist und den Wortlaut des Saarstatuts sein Amt führen wolle. Bis zum Beweise des Gegenteils sei es aber Pflicht, in die lautere Absicht und die anständige Gesinnung des Ministers keine Zweifel zu setzen. Abg. Schmelzer schloß seine Ausführungen mit der Ankündigung, daß man nach wie vor gegen den französischen Einfluß in der Verwaltung des Saargebietes vorgehen werde. Der Kampfwille des Landesrates sei jedenfalls ungebrochen..

Staatskommissar Dr. Heim wies die Bemerkungen des Abg. Schmelzer, das französische Mitglied der Regierungskommission habe seine Treuhänderpflicht verletzt, entschieden zurück. Als Abg. Schmelzer dazu nähere Ausführungen machen wollte, wurde er vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß neben der Abgabe programmatischer Erklärungen in eine Aussprache nicht eingetreten werden könne. Abg. Schmelzer kündigte dann für die nächste Sitzung über seine Behauptungen die Vorlage von Material an. Es handele sich um die Tatsache, daß das französische Mitglied der Regierungskommission bei der Beleihung der Firma Ehrhardt & Sehmer durch die Regierungskommission das Verlangen gestellt habe, daß das Bankhaus Röchling aus der Beleihung auszuschalten habe. Das sei eine eklatante Verletzung der Treuhänderpflicht. Staatskommissar Dr. Heim erwiderte, daß er über diesen Vorgang nicht unterrichtet sei.

Abg. Reichard (Deutschnatl.) erklärte seine Bereitwilligkeit mit allen Parteien des Landesrates loyal im Interesse der Saarbevölkerung zusammenzuarbeiten. Seine Arbeit gelte dem Ziel, das deutsche Saargebiet in Freiheit dem Vaterland zurückgegeben zu sehen. Allen Bestrebungen auf sozialem Gebiete, die geeignet seien, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu bessern, werde er Unterstützung leihen. Er trete für die konfessionelle Schule ein, aber es sei selbstverständlich, daß der Wille der Eltern respektiert werden müsse. Das nenne er wahre konfessionelle Duldung. In Herrn Ehrnrooth setze er das Vertrauen, daß er in objektiver Würdigung an der Besserung der Saarverhältnisse arbeiten werde. Aber er warte ab, was er leiste.

Abg. Schmoll (Wirtschaftspartei) verlangt einen besseren Einblick in die Finanzen der Regierungskommission. Es müsse im Saargebiet sparsamer gewirtschaftet, vor allem der aufgeblähte Beamtenappaprat abgebaut werden. Notwendig sei eine steuerliche Entlastung der Landwirtschaft und eine Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft. Seine Ausführungen enden mit der Forderung, daß dem Landesrat mehr Rechte eingeräumt werden müßten. Dann gestalte sich auch das Verhältnis zwischen Landesrat und Regierung harmonischer.

Abg. Albrecht verlas hierauf folgende Anfrage des Landesrates an die Regierungskommission bezüglich der Lohnbewegung in der Schwerindustrie.

Am 4. November 1927 erklärte die Regierungskommission den vom amtlichen Schlichtungsausschuß des Saargebiets für die Schwerindustrie gefällten Schiedsspruch für verbindlich. Seine Laufzeit endigt mit dem 31. Mai d. J. Mittlerweile sind erhebliche Veränderungen in der Schwerindustrie zugunsten der Werke und zuungunsten der Arbeiter eingetreten. Infolgedessen haben die zuständigen Gewerkschaften eine Lohnerhöhung gefordert. In den inzwischen stattgefundenen Verhandlungen zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaften wurde jede Lohnerhöhung abgelehnt. Die Gewerkschaften haben darum den Schlichtungsausschuß erneut angerufen, der noch keinen Spruch

gefällt hat. Wir fragen hiermit die Regierungskommission, was sie nunmehr zu tun gedenkt, um dem Sinn ihrer Entscheidung vom 4. November 1927 auch jetzt Geltung zu verschaffen und die berechtigten Wünsche der Hütten- und Metallarbeiter zu unterstützen? Weiter fragen wir sie, was sie zu tun gedenkt, um die Entlassungsmaßnahmen, die insbesondere auf die Brebacher Hütte in Anwendung kamen, zu verhindern.

Die Beamtenbesoldung im Saargebiet.

Seit Monaten arbeitet die saarländische Beamtenschaft daran, daß entsprechend dem Baden-Badener Abkommen im Saargebiet die neue Reichsbesoldungsordnung übernommen wird. Die Frage ist für die Saarbeamten um so dringlicher, weil die Regierungskommission sich geweigert hat, nach dem Vorbild im Reich laufend Vorschüsse auf die neuen Gehälter zu gewähren. Die Rechtslage ist durchaus klar. Die Saarbeamten haben Anspruch auf die reichsdeutschen Gehälter, die entsprechend dem Börsenkurs mittels eines Umrechnungsfaktors 6 in Franken umgerechnet werden müssen. Trotzdem ziehen sich die Verhandlungen bei der Rgierungskommission immer mehr in die Länge. Nun heißt es, daß die Regierungskommission entgegen allen gemachten Zusicherugen eine besondere Besoldungsordnung ausgearbeitet habe, die von der Reichsbesoldungsordnung nicht unwesentlich abweichen soll. Man sucht diese Regelung mit der Begründung schmackhaft zu machen, daß man von einer sozialen Ausgestaltung redet. Demgegenüber verlangt aber die Beamtenschaft mit aller Entschiedenheit, daß die Reichsbesoldungsordnung unverändert übernommen wird, und zwar mit dem Umrechnungsfaktor 6 Franken für 1 Reichsmark. Die Regierungskommission wird diesem berechtigten Wunsch Rechnung tragen müssen, zumal sie dazu durch das Baden-Badener Abkommen verpflichtet ist.

Auf die Bemühungen der Beamten, zu ihrem Recht zu kommen, hat die Regierungskommission den Beamten folgende Mitteilung zugehen lassen:

Die Regierungskommission hat die in Deutschland durchgeführte Beamtenbesoldungsreform in der Absicht geprüft, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, den Wünschen der Beamten, soweit sie begründet sind, Genugtuung zu verschaffen, zu gleicher Zeit aber der wirtschaftlichen Lage des Saargebietes und seiner Steuerkraft gerecht zu werden.

Sie beabsichtigt, die Eingruppierung der Beamten im allgemeinen so vorzunehmen, wie sie die Reichsbesoldungsordnung bzw. die Besoldungsordnung der in Frage kommenden Länder und der Reichseisenbahnverwaltung vorsieht, unter Berücksichtigung der Bestimmungen über die Festsetzung des Besoldungsdienstalters und der Einführung von Stellenzulagen. Damit wird eine von den Beamtenverbänden wiederholt aufgestellte Forderung erfüllt. Hinsichtlich der Höhe der Gehälter glaubt die Regierungskommission, daß für die unveränderlichen Bezüge, d. h. für die Grundgehälter, die Stellenzulagen und die Kinderzulagen ein Umrechnungsfaktor von 5,5 zurzeit gerechtfertigt ist. Sie bemerkt dabei, daß der Umrechnungsfaktor auf Grund der Teuerungszahlen zuletzt 5,1 beträgt, den die Regierungskommission jedoch nicht zur Anwendung bringen will.

Gemäß dem Baden-Badener Abkommen hat die Regierungskommission Freiheit, die örtlich abgestuften Teile des Gehaltes (Wohnungsgeldzuschuß) nach eigenem Ermessen festzusetzen, demgemäß glaubt sie unter Berücksichtigung der für die Beurteilung der Frage in Betracht kommenden gesamten Verhältnisse folgende Wohnungsgeldzuschüsse einführen zu sollen:

Ortsklasse	Tarifklasse I	II	III	IV	V	VI	VII
A.	6264	5016	3972	2928	2136	1548	1008
B.	5220	4176	3132	2304	1764	1296	840
C.	3972	3132	2508	1884	1380	1008	636
D.	2928	2304	1884	1380	1008	756	468

Die Kinderzuschläge beabsichtigt die Regierungskommission nach den Reichsgrundsätzen zur Anzahlung zu bringen.

Die Reform wird mit rückwirkender Kraft zum 1. Oktober 1927 eingeführt werden, unter Anrechnung der im Oktober gewährten Vorschüsse auf die zu bewirkenden Nachzahlungen.

Für diejenigen Beamten, die infolge der neuen Besoldungsordnung und der Veränderung des Besoldungsdienstalters geringere Bezüge als bisher erhalten würden, werden Ausgleichszuschläge gewährt, so daß kein Beamter in seinen Bezügen eine Verschlechterung erfährt.

Die Besoldungsreform wird unter Berücksichtigung der Veränderungen im Dienstalter einen Mehraufwand von mindestens 30 Millionen erfordern.

Die Regierungskommission glaubt, aus Gründen ihrer Verantwortungspflicht der Gesamtheit der Bevölkerung gegenüber nicht weitergehen zu dürfen.

Von der Arbeitsgemeinschaft der Beamtenverbände des Saargebietes wird hierzu erklärt:

In der Besprechung mit der Spezialkommission sollte die Beamtenvertretung an Hand des vorerwähnten Schreibens der Regierungskommission zu der gesamten Besoldungsfrage Stellung nehmen. Die Beamtenvertretung lehnte eine Stellungnahme ab, weil ihr in vorangegangenen Besprechungen mit Mitgliedern der Regierungskommission, insbesondere mit Herrn Präsidenten Wilton, zugesagt war, daß ihr die vollständige Besoldungsvorlage einschließlich Besoldungsgesetz und Besoldungstabelle, im Entwurf zur Stellungnahme zugehen solle. Sie verlangte Vorlage des vollständigen Materials in kürzester Frist und beschränkte sich darauf, einige Stellen des Regierungsschreibens durch Fragen noch zu klären. Die Antworten der Regierungsvertreter bestärkten den schon bestehenden Eindruck, daß eine Stellungnahme zum Entwurfe vor der Vorlage sämtlichen Materials ganz unmöglich ist.

Ohne der endgültigen Verhandlung vorgreifen zu wollen, erklären wir schon heute, daß dieses Angebot der Regierungskommission vollständig untragbar ist und als eine Einlösung der bestehenden Verpflichtungen nicht angesehen werden kann. Die Beamtenschaft bleibt bei ihrer durch Beamtenrecht verbürgten Forderung auf restlose Einführung der deutschen Besoldungsordnung.

Bisher 6,1 Millionen reine Saargängerunterstützung.

Vom 1. Mai 1926 bis 1. März 1928 sind an die Saar- und Lothringengänger des Regierungsbezirkes Trier aus Reichsmitteln 6 155 600 RM. gezahlt worden. Den gegenwärtigen Stand der Saar- und Lothringengänger läßt die nachstehende Uebersicht erkennen:

Kreis	März 1928 Gesamtzahl der Saar- und Lothringengänger	Davon Arbeitnehmer im Saargebiet	Davon Arbeitnehmer in Elsaß-Lothringen
St. Wendel-Baumholder	1390	1385	5
Bernkastel	941	909	32
Bitburg	85	31	54
Daun	5	3	2
Prüm	3	2	1
Saarburg	1344	1113	231
Trier	2071	1740	331
Merzig-Wadern	3562	2768	794
Wittlich	157	131	26
Trier-Stadt	19	18	1
Sa.	9577	8100	1477

Bei den kürzlich erfolgten Entlassungen von Saargängern seitens der französischen Gruberverwaltung entfallen auf den Regierungsbezirk Trier die hohe Zahl von 873, von denen über die Hälfte — 441 — im Restkreis Wadern ansässig sind.

Seit kurzem ist übrigens erfreulicherweise die Gleichstellung der Lothringengänger hinsichtlich der Betreuung mit den Saargängern angeordnet worden. Nicht mehr die unmittelbar an der Grenze wohnhaften Lothringengänger unterliegen allein der staatlichen Fürsorge, sondern auch ihre Arbeitskollegen aus dem ganzen Bezirk. (Saarbr. Ztg.)

Kleine politische Umschau.

Eine Sportvereinsgründung aus politischen Motiven.

In Heinitz fand kürzlich nach verschiedenen mißglückten Versuchen die Gründungsversammlung für einen Sportverein statt. Wenn man die ganze Vorgeschichte hierzu kennt, ferner die Intriguen, die dabei mitspielten und betrachtet dann die Namen der Einberufer der Versammlung, dann weiß man sofort, aus welcher Richtung der Wind weht. Da ist besonders ein Herr, der es immer wieder versucht, etwas ins Werk zu setzen, um bei dem Herrn Prinzipal sich angenehm zu machen. Um was für eine Persönlichkeit es sich dabei handelt, geht daraus hervor, daß er einmal äußerte: „Ich verkehre nur mit den deutschen Beamten, weil man es gern sieht." Damit meinte er den Prinzipal, der ein Stockfranzose ist und Deutschenhasser ist, der bei jeder Differenz, die entsteht, den deutschen Beamten vorwirft: „Sie machen Politik", der dem seinerzeit entstandenen Gesangverein, vorwiegend aus deutschen Beamten bestehend, das Singen im Kasino untersagte. Als dann der Konsumverein einen von der Grubenverwaltung gepachteten Raum zur Verfügung stellte, wurde ersterem angedroht, daß das Lokal eingezogen würde, wenn der Verein noch länger darin singen würde. Nach den Erfahrungen, welche die deutschen Beamten schon in Heinitz gemacht haben, wäre es doch angebracht, wenn sich diese etwas mehr auf ihr Deutschtum besinnen würden. Es gibt soviel Sportvereinigungen in der Umgebung von Heinitz, daß es wirklich nicht nötig ist, sich mit Deutschenhassern, verkappten Separatisten und Micumlern zusammen zu tun.

Zollschranken und Kunst.

Ueber dieses Thema schreibt die „Saarbrücker Zeitung“: Man sollte glauben, daß die Zollschranken des Saargebietes nicht das geringste mit Kunst zu tun haben. Man irrt sich. Zwar scheinen die Zollschranken mit der Kunst auf Kriegsfuß zu stehen — ihr „Einfluß“ auf die Kunst aber ist nicht zu unterschätzen. Ein in ganz Deutschland berühmt gewordener bildender Künstler, der zurzeit in Saarbrücken lebt, wurde von der Berliner Akademie aufgefordert, einige Werke (Holzplastiken) auszustellen. Vorschriftsmäßig wurden die Kunstwerke der Eisenbahn anvertraut. Nachdem sie nun den Zoll passiert hatten, sahen sie erheblich anders aus, als vor Antritt ihrer Reise. Einer sehr wertvollen Plastik hatte man die Füße zerbrochen und eine andere war über und über mit Leim beschmiert, auf das der Zollvermerk an „sichtbarer Stelle“ festgeklebt werden konnte, dazu ein Stempel mitten auf dem Kunstwerk. Man sollte so etwas nicht für möglich halten, und es ist wohl nicht unbescheiden, die maßgebenden Behörden aufzufordern, den Zöllnern einmal eine Vorlesung zu halten über das Thema „Der Umgang mit Kunstwerken“. Dieses Thema dürfte fast so aktuell sein wie das andere, über das schon seit Jahren gesprochen wurde: „Der Umgang mit Menschen“.

Beunruhigung des Saargebiets durch die französischen Zöllner.

Die Ermordung des Bergmanns Trapp in Namborn durch den französischen Zöllner Michels nimmt der „Saarbergknappe“ zum Anlaß, um an die Regierungskommission die Frage zu richten, was sie zum Schutze der bedrohten Bevölkerung zu tun gedenkt. Gestatte sie es auch weiterhin, daß die französischen Zöllner außerhalb des Dienstes mit Waffen versehen sind und lasse sie es ruhig zu, daß die Wohnungen der Zöllner mit Waffen und Munition vollgespickt sind, auf diese Fragen müsse eine klare Antwort verlangt werden.

Es herrsche doch kein Kriegszustand, daß landfremde Zöllner auch außerhalb des Dienstes und in ihrer Wohnung bis an die Zähne bewaffnet seien. Zu was das führe, habe das traurige Vorkommnis in Namborn erneut bewiesen. Zum Schutze unserer Bergleute und der übrigen Bevölkerung müsse von der Regierungskommission verlangt werden, daß strenge Anordnung ergeht, daß die Zöllner außer Dienst keine Waffen tragen dürfen und ihre Wohnungen von Waffen und Munition gesäubert würden. Was würde die Regierungskommission dazu sagen, wenn die Bevölkerung Gleiches mit Gleichem vergälte und sich auch ausrüsten würde? Dann würde ein großes Geschrei in der ganzen Welt erhoben werden. Damit zukünftig etwa rasend werdende Zöllner nicht mutwillig Menschenleben vernichten, müsse die Regierungskommission die geforderten Maßnahmen treffen und strikte durchführen. Das müssen wir von ihr, der Treuhänderin eines deutschen Volksteiles, entschieden verlangen.

„Die Franzosen haben im Saargebiet nichts zu suchen!“

Wie der „Saarbergknappe“ mitteilt, sind französische Reporter dabei, sich im Saargebiet umzuhören und die Stimmung der Bevölkerung zu erforschen. Das Blatt hält es daher für notwendig, folgendes festzustellen: *Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Franzosen im Saargebiet nichts zu suchen haben.* Die Gruben sind unnötigerweise Frankreich übereignet worden. Wenn Frankreich infolge der Kriegsschäden in seinem nördlichen Kohlengebiet bestimmte Kohlenmengen von Deutschland benötigte, dann konnten die Saargruben neben den Ruhrgruben die notwendigen Mengen ohne Besitzübertragung schon liefern. Mithin war es auch völlig unnötig, das Saargebiet aus der Verwaltungshoheit des Reiches und der beteiligten Länder herauszunehmen. Schon in der vorigen Nummer wiesen wir nach, daß die ganzen Ansprüche Frankreichs auf historisch falschen und gänzlich faulen Grundlagen fußten. Der Bevölkerung, und zumal der Bergarbeiterschaft, wurde durch die Besitzübertragung der Gruben und die Entziehung des Gebietes aus der zuständigen Staatshoheit, größtes Unrecht zugefügt. Was von vornherein feststand, hat sich ja auch in der Zwischenzeit zur Genüge bewiesen: *Weder die Bergleute, noch die übrige Bevölkerung wollen zu Frankreich.* Wenn Frankreich keine Annektionsabsichten hegt und es will ehrlich der Friedenssicherung auf dem Kontinent dienen, dann müßte es auch ehrlicherweise den klaren Tatsachen Rechnung tragen und *für die baldige Rückgabe der Gruben an Deutschland eintreten.* Diese unsere unzweideutige Meinung klar zum Ausdruck zu bringen, halten wir uns verpflichtet, damit nicht gerissene Reporter in Frankreich etwas anderes verbreiten und weiteren Schaden stiften.

Saarregierung und Knappschaftsgesetz.

In der Frage der Knappschaftssanierung hat das Saaroberbergamt eine „vorläufige“ Entscheidung gefällt, die in der Praxis sich wie folgt auswirken muß: 1. Herabsetzung der heutigen Leistungen entsprechend den fehlenden Einnahmen; 2. Angreifen der Reserven, um die heutigen Leistungen ohne Defizit zu erhalten; 3. Beibehaltung der heutigen Leistungen und entsprechende Defizitwirtschaft, die „später“ gedeckt wird.

Hierzu bemerkt der „Saarbergknappe“ folgendes:

Daß die Bergleute gegen eine jede dieser Regelungen sein müssen, ist sonnenklar und schon sehr oft von uns ausgesprochen. Da nun das Saaroberbergamt als Aufsichtsinstanz versagt hat, *muß die Regierungskommission entsprechend den vorliegenden Notwendigkeiten handeln.* Wohl ist sie gehalten, in gewissen Fragen, die den Bergbau betreffen, den französischen Staat als Besitzer der Gruben zu hören. Das heißt aber nicht, daß sie dessen Standpunkt beitreten müßte. Bisher hat die Regierungskommission in ihrer Mehrheit sich ja immer an die Gutachten des französischen Staates bzw. der Grubenverwaltungen gehalten. Mit dieser Praxis muß gebrochen werden. Wohin sie führt, dafür liefert der Stand des Knappschaftsvereins den besten Beweis: die berufsfertigen Bergleute und die Hinterbliebenen von Bergleuten sind die Leidtragenden. Also muß die Regierungskommission, die seit 1. April d. J. eine etwas andere Zusammensetzung zeigt, das *Knappschaftsgesetz so ausgestalten, daß es den vorliegenden finanziellen Erfordernissen entspricht und den berechtigten Forderungen der Bergarbeiterorganisationen nachkommt.* Geschieht das nicht, dann beladen die Mitglieder der Regierungskommission sich mit der großen Schuld gegenüber den notleidenden knappschaftlichen Rentenempfängern, die den Standpunkt der Grubenverwaltungen bzw. des französischen Staates verwirklichen.

Notwendig ist es auch, daß dem Landesrat bald die längst fälligen *Verordnungsentwürfe betr. Reformierung der Sozialversicherung* gemäß der Heidelberger Abrede vorgelegt werden. Der Landesrat wartet auf Arbeit und die Sozialrentner warten auf die Verwirklichung ihrer Ansprüche, weshalb es höchste Zeit zum Handeln ist. Bei gutem Willen der Mehrheit der Regierungskommission muß es möglich sein, auch wenn dieses oder jenes Mitglied anderer Meinung sein sollte, die fällige Sache der Sozialversicherung recht bald zum guten Abschluß zu bringen.

Kleine Tageschronik.

2000 Saarturner beim Deutschen Turnerfest in Köln.

Das Deutsche Turnerfest findet bekanntlich in diesem Jahre in Köln statt. Man rechnet mit einer Teilnahme von mindestens 150 000 deutschen Turnern. Aus dem Saargebiet sind bis jetzt 2000 Turner und Turnerinnen zur Teilnahme angemeldet. Auf dem letzten deutschen Turnerfest in München waren bekanntlich die Saarturner Gegenstand besonderer Ehrungen, da sie den beschwerlichen Weg durch das besetzte Gebiet, das sich damals in hartem Abwehrkampf und ohne Eisenbahnen befand, nicht scheuten und zu Fuß bis Mannheim marschierten, von wo aus sie nach festlichem Empfang im Sonderzug nach München eilten. Auch diesmal werden die Saarturner und Turnerinnen auf dem Deutschen Turnerfest in Köln Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit sein, da man am Rhein besonderes Verständnis für den Abwehrkampf der Saargebietsbevölkerung hat. Die Ortsgruppe Köln des Bundes der Saarvereine hat bereits mit den Vorbereitungen begonnen, um den Saarturnern anläßlich ihrer Anwesenheit in Köln einen feierlichen Empfang zu bereiten.

Saarbrücken. Der Stadtverordnetenversammlung wurde Anfang dieses Monats der Haushaltsplan vorgelegt. Die Beratungen hierüber leitete der Bürgermeister mit einigen Bemerkungen ein, in welchen er betonte, daß der vorgelegte Haushaltsplan das Mittel zwischen einem Not- und einem Normalhaushalt darstelle. Die Stabilisierung des Franken habe es mit sich gebracht, daß im Gegensatz zur Verschlechterung der Wirtschaftslage die Finanzlage der Stadt sich gebessert habe. An Steuern seien in diesem Jahr 54,1 Mill. Franken gegenüber 54,4 Mill. Franken im Vorjahr aufzubringen. Dies sei nur möglich gewesen durch eine starke Streichung in den Einzelhaushalten und eine stärkere Heranziehung der Betriebswerke, die in diesem Jahr drei Millionen Franken mehr abführen müßten. Unter Zugrundelegung des Staatssteuersolls von 1926 sei eine Umlage auf die Einkommensteuer, Gewerbe- und Gebäudesteuer in Höhe von 160 v. H. zuzüglich 25 v. H. Sonderumlage zur Abgeltung von Gebühren notwendig. Der entgültige Umlagesatz könne erst im Herbst festgelegt werden, wenn das Ergebnis der Staatssteuerveranlagung für 1927 vorliege. In der Aussprache wurde besonders die Notwendigkeit einer Reform der saarländischen Steuergesetzgebung betont. Einmütigkeit herrscht darüber, daß sowohl die Umsatzsteuer wie die Gewerbesteuer herabgesetzt werden müßten. Daß z. B. die Regierungskommission auf die Einnahme aus der Umsatzsteuer, die noch in einer Höhe von 1,6 v. H. erhoben wird, nicht angewiesen ist, wird durch die Tatsache bewiesen, daß die Gemeinden ständig einen höhern An-

teil an der Umsatzsteuer zugewiesen bekommen. Dieser Anteil beträgt zurzeit annähernd 40 v. H. Einen breiten Raum nahm die Aussprache zur Wohnungs- und Baufrage in Anspruch. Bei den bürgerlichen Parteien herrschte Einmütigkeit darüber, daß nach Durchführung des Bauprogramms der Stadt ein wesentlicher Abbau der Zwangswirtschaft und eine entsprechende Heraufsetzung der Miete durchaus tragbar sei. Mit besonderer Dringlichkeit wurde auch die Einführung des deutschen Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Saargebiet gefordert.

Zu einer Westmarkenfahrt nach Saarbrücken lädt der Reichsverband Deutscher Volksschullehrerinnen ein. Diese Sonderfahrt soll über Pfingsten anläßlich der diesmal in Saarbrücken stattfindenden Tagung des Verbandes durchgeführt werden. Wie es in einem Aufruf des Verbandes heißt, hat sich der Verband im Januar 1926 die Aufgabe gestellt, „unsere Volksjugend stärker in den Dienst des Grenz- und Auslandsdeutschtums zu stellen". Die erste dieser Kundgebungen fand während der Pfingsttage 1926 in Königsberg statt. Der Reichsverband fordert alle Amtsschwestern aus allen Teilen des Reiches auf, dafür zu sorgen, daß auch die Tagung in Saarbrücken wie die in Königsberg eine starke Kundgebung für die Geschlossenheit des deutschen Volkstums und der deutschen Volksschullehrerinnen werde. Die Tagung beginnt am 26. Mai mit einem Begrüßungsabend, während Festgottesdienste am 1. Pfingsttag vormittags in den Kirchen Saarbrückens zu der nachmittags stattfindenden Gesamtvorstandssitzung überleiten. Die Mitgliederversammlung am Pfingstmontag wird das Thema zur Grundlage haben: „Wie begegnen wir der seelischen und sexuellen Not der Jugend?" In einer öffentlichen Versammlung am Dienstag kommt das Thema zur Erörterung: ‚Wird die Volksschule den Forderungen gerecht, welche die Zukunft an die Frauen stellen wird?" Mit einer öffentlichen Elternversammlung am 30. Mai, die auf die Frage: „Wie leistete die Volksschule am besten Vaterlandsdienst?", eingehen soll, erreicht die offizielle Tagung ihren Abschluß. Vorgesehen sind im übrigen Fahrten durch das Saargebiet und die angrenzenden Gebiete.

Die Generalversammlung der Ehrhard und Sehmer A. G. in Saarbrücken, die sich seit längerer Zeit in einer sehr mißlichen Finanzlage befindet, beschloß, den Kapital-Erhöhungs-Vorschlag zurückzustellen, da neue Sanierungsvorschläge verschiedener Aktionäre eine neue Situation schufen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates machte die bemerkenswerte Mitteilung, daß die Mülhausener Gesellschaft (Elsaß), die bekanntlich die Mehrheit der Aktien besitzt, unter Umständen zur Abstoßung ihres gesamten Aktienpaketes bereit sei.

Baumholder. Im Kreistag des Restkreises St. Wendel gab der Kreisverwalter Dr. Hovermann folgende Erklärung ab: „Seit einiger Zeit liest und hört man die Behauptung, der Restkreis St. Wendel und insbesondere seine Leitung erstrebe eine Absonderung von dem Stammkreis St. Wendel. Es ist selbstverständlich, daß die Verwaltung des Restkreises danach strebt, der wirtschaftlichen Notlage des Restkreises und insbesondere des Saargrenzgürtels gerecht zu werden. Die Verwaltung des Restkreises hat aber den Zusammenhalt mit dem Stammkreis niemals aus dem Auge verloren und ihr Ziel ist, an der Rückkehr des Saargebiets unter die deutsche Verwaltung und an der Wiedervereinigung beider Kreisteile zu arbeiten. Ueber dieses Ziel hinaus sind und werden keine anderen Ziele aufgestellt. Als eine weitere Klammer zwischen dem Stammkreis und dem Restkreis soll der Ausbau der Straße Oberkirchen-Saargrenze in Richtung auf St. Wendel dienen, der von der Kreisverwaltung Baumholder seit langem angestrebt wird und für den es gelungen ist, Rechts- und Staatszuschüsse zu erwirken. Die Kreisverwaltung hat sich bei den in Betracht kommenden Stellen mit Erfolg dafür eingesetzt, daß bei einem etwaigen Bau der von der Stadt Neunkirchen und den Gemeinden des Ostertals geplanten Ostertalbahn ein Abzweig nach St. Wendel geschaffen wird."

Bierbach. Unter großer Beteiligung der Gemeindeangehörigen wurden drei neue Glocken für die protestantische Kirche eingeweiht.

Hassel. Dank des günstigen Zusammenwirkens verschiedener Umstände ist der Bau der neuen Kirche außerordentlich gefördert worden. Die Besitzerin des Triebscheiderhofs, Frau Wolf, gab unentgeltlich die Bausteine ab, die Gemeindemitglieder schafften die Steine herbei usw. Die Bauarbeiten sind soweit gediehen, daß am 20. Mai die Grundsteinlegung im Beisein von Bischof Sebastian erfolgen kann. Kirche und Pfarrhaus werden noch in diesem Jahr ihrer Bestimmung übergeben werden.

St. Ingbert. Zurzeit führt die Regierungskommission des Saargebiets Verhandlungen wegen der Aufnahme einer neuen langfristigen Anleihe, aus der den Gemeinden des Saargebiets Anleihen für dringend notwendige Ausführungen und Anschaffungen bewilligt werden können. Die Stadtverwaltung St. Ingbert hat den Antrag bei der Regierungskommission gestellt, ihr eine Anleihe in Höhe von 3 085 000 Mark zu genehmigen. Die Stadt beabsichtigt 75 Wohnhäuser auf einem eigens zu diesem Zwecke erworbenen Gelände zum Gesamtbetrag von 525 000 Mark zu erbauen und diese Häuser sofort wieder an Liebhaber gegen bequeme Bezahlung als eigen abzugeben. Für mehr als die Hälfte dieser Häuser haben sich schon Liebhaber gemeldet, die etwa ein Zehntel der Bausumme selbst und sofort aufbringen müssen. Für den Bau dieser Häuser sind drei Jahre vorgesehen.

Mettlach. In einer Besprechung der Gemeindevertreter der Bürgermeisterei Mettlach wurde zu einem Antrag Stellung genommen, die neue preußische Landgemeindeordnung auch im Saargebiet einzuführen. Nicht vertreten war der Gemeinderat von Dreisbach. Einmütig war man in der Auffassung, daß die im Saargebiet noch bestehende Rheinische Landgemeindeordnung veraltet ist, sich überlebt hat und den heutigen Verhältnissen nicht mehr Rechnung trägt. Wie im übrigen Preußen müsse auch im Saargebiet mit der neuen Zeit Schritt gehalten werden. Die Versammlung wählte eine Kommission, die mit den übrigen Bürgermeistereien Fühlung nehmen soll, um die Forderung auf Einführung der neuen preußischen Landgemeindeordnung auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Saarlouis. Am Kaibelgelände, dem ehemaligen Exerzierplatz der Garnison- und Grenzstadt Saarlouis, ist ein neues, städtisches Krankenhaus entstanden. Die Gebäulichkeiten einer früheren, 1913 neuerbauten Maschinengewehrkaserne hatten nach dem Kriege lange Jahre hindurch die französischen Besatzungstruppen beherbergt. Diese Kaserne sah auch beim Fortzug der Franzosen fast wie eine verwahrloste Herberge — wenigstens im Innern — aus! Aber dann setzte der neue Wandel der Zeit wieder ein. Durch einen Stadtratbeschluß vom Jahre 1926 wurden die Arbeiten in Angriff genommen. Nach langen Kämpfen und Mühen mit der Regierungskommission wurden die Kaibelkasernen an die Stadt abgetreten. Ein Jahr emsiger Tätigkeit schuf das großartige Werk. Nach ganz modernen Vorbildern wurde die Inneneinrichtung des neuen Saarlouiser Krankenhauses vorgenommen. Ein großes Kesselhaus speist Küche, Heizung, Laboratorien mit Dampf. Ein eigenes Transformatorenhaus liefert für Licht, ärztliche Behandlungszwecke, Fahrstuhlanlage usw. den elektrischen Strom. Die Operationsräume sind mit allen Apparaten der modernen Wissenschaft ausgestattet. Und vieles ist hier noch neu eingerichtet, was wir in dieser Kürze nicht erwähnen können. Nachdem die letzten Ausführungsarbeiten im letzten Monat beendet wurden und die Ueberführung der Kranken aus dem alten Krankenhaus bereits erfolgte, wurde das neue Krankenhaus am 27. März feierlichst eingeweiht. Die Stadt Saarlouis darf auf diesen Tag gewiß noch in späteren Zeiten stolz sein.

Schwalbach-Griesborn. Der „Alte Schacht" liegt seit Monaten still und ein Teil der Grubengebäude ist in den Besitz der Gemeinden Schwalbach-Griesborn übergegangen. Den großen Schornstein der Grube erwarb der Bergmann Peter Job auf Abbruch, um die Steine für seine Zwecke zu verwenden. Der Abbruch war ein ebenso umständliches, wie auch nicht ungefährliches Unternehmen. Doch das alles focht unsern Bergmann nicht an, mutig und entschlossen ging er an die Arbeit. Tagtäglich sah man den wackeren Mann dort oben stehen, wie er Stein um Stein loslöste, reinigte und hinunter auf den Boden warf. Langsam, aber stetig nahm der riesenhafte Schornstein ab und jetzt ist er vom Erdboden verschwunden; heute arbeitet Job an der Zerkleinerung der Fundamente.

Püttlingen. In der Hermannstraße war ein Hausbesitzer damit beschäftigt, einen weiteren Keller in seinem Haus auszuschachten. Als bei Einbruch der Dunkelheit die Arbeit eingestellt wurde und die Leute eben die Arbeitsstelle verlassen hatten, stürzte das Haus vollständig in sich zusammen. Zum Glück kamen Menschen nicht zu Schaden.

Völklingen. Zwischen der Gemeindeverwaltung und der Eisenbahndirektion hat neuerdings eine eingehende Besprechung über die Möglichkeiten der Verbesserung der hiesigen Bahnhofsverhältnisse statgefunden. Nach den dabei von den Vertretern der Eisenbahndirektion gemachten Mitteilungen hat sich diese nach Beratungen mit der Regierungskommission dahin entschieden, die vorhandene Bahnhofsanlage, und zwar sowohl hinsichtlich des Güterverkehrs als auch des Personenverkehrs einer durchgreifenden Umgestaltung zu unterziehen. Abgesehen von der Veränderung der Gleisanlagen und der Bahnsteige, sei im Interesse einer reibungslosen Verkehrsabwickelung vor allen Dingen die Anlegung eines besonderen Ausgangstunnels nach dem Ort zu und die Verlängerung der in der Bahnhofshalle beginnenden Unterführung in Aussicht genommen. Hierdurch soll für alle Bahnsteige getrennter Zu- und Abgang erreicht werden. In Verbindung mit den Erweiterungsbauten soll eine Reihe

anderer baulicher Veränderungen innerhalb des Gebäudes vorgenommen werden. Die Gesamtkosten werden etwa 3½ Millionen Franken betragen. Die Durchführung eines Neubauprojektes an der von der Gemeindevertretung vorgesehenen Stelle in der Wilhelmstraße, die im übrigen von der Eisenbahndirektion als durchaus geeignet angesehen wurde, komme aus gewichtigen Gründen nicht in Frage. Vor allen Dingen könne man heute nicht übersehen, welche eisenbahntechnischen Verkehrsänderungen im Falle der politischen Umgestaltung des Saargebietes erforderlich seien. Angesichts dieser Umstände ist offenbar mit der Verlegung des Bahnhofes in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Die Gemeindeverwaltung wies darauf hin, daß bei dieser Situation die Eisenbahndirektion dann wenigstens auch der äußeren Gestaltung des Gebäudes und vor allem der näheren Umgebung des Bahnhofes ihr Augenmerk widmen und hier Verbesserungen vornehmen müsse. Die Vertreter der Eisenbahndirektion verschlossen sich dieser Anregung nicht und erklärten sich bereit, auch in dieser Hinsicht ihr möglichstes zu tun. Sie erklärten sich bereit, entsprechende Vorschläge und Ideenskizzen von seiten der Verwaltung und des Bauamts entgegenzunehmen. — Im Verlage der „Christlich-sozialen Zeitungsgesellschaft" erscheint jetzt der am 30. April eingegangene „Saarbote" wieder.

Personalnachrichten.

Ein Glückwunsch Hindenburgs. Prokurist Jakob Edelmann in St. Ingbert, der am 1. Mai auf eine 50jährige Dienstzeit bei den Vereinigten Vopelius-Wentzelschen Glashütten zurückblicken konnte, erhielt nebst vielen anderen Glückwünschen auch ein Dankesschreiben vom Reichspräsidenten Hindenburg.

Ministerialdirektor Grieser Dr. h. c. Der aus Bliesdohlheim aus der Saarpfalz gebürtige frühere Oberbürgermeister von Würzburg und jetzige Ministerialdirektor der Abteilung 2 (Sozialversicherung) im Reichsarbeitsministerium, Grieser, wurde von der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Universität Tübingen in Ehrung seiner hervorragenden Verdienste um den Wiederaufbau der deutschen Sozialpolitik nach dem Kriege und ihrer Geltendmachung in der Welt, anläßlich seines 60. Geburtstages, zum Doktor der Staatswissenschaften ehrenhalber promoviert.

Priesterjubiläum. In Holz (Köllertal) feierte der Pfarrer Herr Christoffel sein 25jähriges Amtsjubiläum.

Landespräsident Scheuer bestätigt. Die Regierungskommission hat die vom Landesrat in seiner Eröffnungssitzung vom 3. Mai d. J. vorgenommene Wahl des Redakteurs Scheuer (Zentrum) zum Präsidenten bestätigt. Bekanntlich stellte sich der Landesrat auf den Standpunkt, daß ihm die Wahl des Vorsitzenden allein zustehe, während ihn die Regierungskommission lediglich vorgeschlagen wissen wollte.

In den Ruhestand tritt am 1. Juli der Knappschaftsarzt Herr Dr. Naumrath in Hüttersdorf.

Todesfälle. Sulzbach hat innerhalb kurzer Zeit zwei seiner markantesten Persönlichkeiten zu Grabe geleitet. Nach Herrn Konrektor Hoffmann-Neuweiler ist ihm jetzt Baumeister Winter-Sulzbach gefolgt. Beide sind weit über die Grenzen Sulzbachs hinaus bekannt, an beide knüpfen sich manch heitere wie ernste Episoden. — Nachdem der Bund der Saarvereine erst vor kurzer Zeit den Verlust eines treuen Mitarbeiters in der Person des Steigers Schäfer aus Altenwald zu beklagen hatte, ist ihm jetzt schon wieder ein treuer Mitarbeiter in der Person des Kaufmanns August Breitwieser in Altenwald durch den Tod entrissen worden. Er starb im Alter von 58 Jahren nach kurzem Krankenlager. Herrn Breitwieser, der insbesondere auch für unseren „Saar-Freund" tätig war, werden wir auch über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren.

Der frühere Eichmeister von Saarbrücken und Gastwirt H. Schneider in Ottweiler ist im Alter von nahezu 70 Jahren verstorben. Er war eifriges Mitglied und Förderer des Turn- und Kriegervereins und langjähriger Kassierer des Kreiskriegerverbandes Ottweiler. Vorübergehend gehörte er aber auch dem Stadtverordnetenkollegium von Ottweiler an. Der Verstorbene hat sich stets als aufrechter deutscher Mann gezeigt. Die jüngere Soldatengeneration schaute mit besonderer Ehrerbietung zu diesem deutschen Mann empor. Seine aktive Dienstzeit erledigte er im Infanterieregiment Nr. 70, das damals in Diedenhofen stand. Vom Jahre 1881 an war der Verstorbene Mitglied des Kriegervereins Ottweiler. Beim Wiederaufleben des Kreiskriegerverbandes wurde der Verstorbene zum Ehrenvorstandsmitglied und vom Verein ehemaliger deutscher Soldaten zum Ehrenmitglied ernannt. Angesichts seiner Verdienste um die Bestrebungen des Reichskriegerbundes Kyffhäuser wurde ihm das Kriegervereinsehrenkreuz und das Abzeichen für Landesfechtmeister verliehen. Er hinterläßt somit eine große Zahl trauernder Freunde, das Kriegervereinswesen verliert einen eifrigen Förderer und Gönner. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden.

Ihre goldene Hochzeit feierten die Eheleute Franz Erkel und Frau Margarete geb. Junkes in Neunkirchen, Pfarrei St. Marien.

Sein 80. Lebensjahr vollendete Rentner Christian Purper, Saarbrücken 3, Nassauer Straße. Herr Purper ist Veteran des Krieges 1870, den er als Angehöriger des Inf.-Regts. Nr. 30 im Korps des Generals Werder mitmachte. Später gehörte er dem alten St. Johanner Stadtrat an und nahm in diesem Kollegium wie in seinem Amt als Mitglied des Presbyteriums an allen Fragen des öffentlichen Lebens regen Anteil. — Herr Ludwig Regitz in Sulzbach beging seinen 89. Geburtstag. Er machte die Feldzüge 1866 und 1870/71 mit.

Sein 60jähriges Berufsjubiläum beging in Merchweiler der Schuhmachermeister Peter Hansen in völliger körperlicher und geistiger Rüstigkeit. — Ing. Hoffmann konnte auf eine vierzigjährige treue Dienstzeit bei dem Neunkirchener Eisenwerk zurückschauen.

Zum stellvertretenden Standesbeamten in St. Ingbert wurde Stadtamtmann Jos. Veit ernannt.

Vom Saarbergbau.

Stillegung der Grube Kohlwald.

Der Gegenortschacht Abteilung Kohlwald wird stillgelegt. Wie die „Saarbrücker Landes-Zeitung" mitteilt, soll die Förderung auf dem Gegenortschacht, Abteilung Kohlwald, eingestellt werden. Ein Teil der Belegschaft soll nach Annaschacht, ein anderer Teil nach dem neuen Schacht bei Schiffweiler bzw. Reden verlegt werden.

Wie hierzu die Saar- und Blieszeitung in Neunkirchen noch erfährt, war schon seit längerer Zeit beabsichtigt, die Förderung auf dem Gegenortschacht einzustellen, da die Grube wie z. B. die Anlage König, in absehbarer Zeit erschöpft bzw. unrentabel sein wird. Dieser Zeitpunkt ist nun beim Gegenortschacht eingetreten, allerdings ist die Einstellung einige Monate zu früh erfolgt, da die Anlage erst an dem Tage stillgelegt werden sollte, an dem die neue Anlage bei Schiffweiler eröffnet wird. Die Stillegung mußte aber früher erfolgen, weil die Sicherheitspfeiler, auf denen z. T. die oberirdischen Schachtanlagen stehen, dem Raubbau zum Opfer gefallen sind. Dadurch ist eine Grubensenkung eingetreten, die Fördermaschine setzte sich und das Bergamt lehnte die Verantwortung für die Sicherheit der Bergleute ab.

Keine Feierschichten mehr im Saarbergbau?

Wie der Revierleiter des Gewerkschaftsverbandes christlicher Bergarbeiter auf der Bergarbeiterkonferenz in Essen mitteilte, hat die französische Saargrubenverwaltung versprochen, daß keine Feierschichten im Saarbergbau mehr eingelegt werden sollen, wenn der Monat nicht mehr als 25 Arbeitstage hat. Die Tagesleistung pro Kopf der Belegschaft hat sich von 479 Kg. im Jahre 1920 auf 740 Kg. im Jahre 1927 und 800 Kg. bis Februar 1928 gehoben.

Handel und Verkehr.

Saarbrücken—Berlin in 11¼ Stunden.

Der mit dem 15. Mai in Kraft getretene neue Sommerfahrplan der deutschen Reichsbahn bringt fast durchweg beschleunigte Reisezeiten, besonders für die D-Züge. U. a. ist eine Verkürzung der Fahrzeit Saarbrücken—Trier—Koblenz—Köln um etwa 25 Minuten eingetreten; die Verkürzung der Fahrzeit Sarbrücken—Bingerbrück—Köln ist etwa die gleiche.

Die Verbindungen über die Nahe nach Frankfurt erfahren zum Teil wesentliche Veränderungen. Die D-Züge 145/146 fallen aus. An deren Stelle treten die Züge 137/138. D-Zug 137 beginnt in Paris bzw. Calais, Vereinigung in Longuyon. Abfahrt Paris 21.39, Calais 19.25, Anschluß von London 16 Uhr ab. Der Zug läuft über Diedenhofen, Forbach, und ist im Sommer 5.01 und im Winter 6.01 Uhr in Saarbrücken. Er führt Schlafwagen aus beiden Richtungen. Schlafwagen von Calais wird in Türkismühle ausgesetzt und in den Gegenzug 138 wieder eingestellt. Ein Speisewagen wird in Türkismühle ein- und ausgesetzt. Der Zug 137 fährt 6.37 Uhr in Saarbrücken ab. In Mainz wird, wie bisher der Kurswagen für Berlin auf D 27 (Ankunft in Berlin 21.57) überführt. Der Gegenzug 138 fährt Frankfurt ab 19.32, bisher 19.20 Uhr, nimmt in Mainz den Kurswagen aus D 28 (Berlin-Potsdam ab 9.00) auf. Saarbrücken Ankunft 0.18, Abfahrt 0.40, Paris an 8.57, Boulogne an 11.22, London an 15.30 Uhr.

Ueber die Nahebahn wird ein neuer D-Zug 139 gefahren, der in Dijon ab 0.07 beginnt (mit Anschluß nach Marseille ab 13.55 und Nizza ab 8.40). Ankunft in Saarbrücken 9.06, bisher 10.06, Abfahrt 10.14, Ankunft in Frankfurt 14.08 mit Anschluß an FD 5, ab 14.40, Berlin an 22.00 Uhr.

Dies ist die schnellste Verbindung von Saarbrücken nach Berlin in 11 Stunden 46 Minuten, mit einer Reisezeit, die kürzer ist als vor dem Kriege.

Leider fehlt hierzu der entsprechende Gegenzug, da die schnellste Verbindung von Berlin nach Saarbrücken 14 Stunden beträgt.

Für die Saarbahnen sind durch die Beschleunigung der Züge auf den Reichsbahnstrecken (mit 100-Stundenkilometer Höchstgeschwindigkeiten) neben großen Vorteilen in einigen Fällen dadurch Nachteile erwachsen, daß sie mit den Anschlußzügen nicht ohne weiteres nachrücken können, wodurch die Uebergangszeiten vergrößert werden. Die Erfahrungen, die in dem nächsten Fahrplanabschnitt gemacht werden, können erst den Weg weisen, wo und wie Abhilfe geschaffen werden kann.

Vom „Bund der Saarvereine".

8. Tagung des Bundes der Saarvereine in Heidelberg. Aus Anlaß der diesjährigen 8. Tagung des Bundes der Saarvereine am 30. Juni und 1. Juli in Heidelberg werden über 1200 Sänger des Saarsängerbundes nicht nur verschiedene Konzerte veranstalten, sondern vor allen Dingen auch an den einzelnen Kundgebungen des Bundes der Saarvereine usw. teilnehmen. Bei dieser Tagung, die mit einer großen Saarkundgebung verbunden sein soll, wird eine Beleuchtung des Heidelberger Schlosses mit dem Kundgebungsmotto: „Vaterland, Saardeutschland ruft dich" stattfinden. Es ist nun beabsichtigt, um den Angehörigen der Saarsänger und sonstigen Freunden und Angehörigen unserer Organisation und überhaupt allen Interessenten Gelegenheit zu geben, den einzelnen Veranstaltungen beizuwohnen, einen zweiten Sonderzug von Saarbrücken einzulegen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß sich genügend Teilnehmer melden. Die Fahrkosten für Hin- und Rückfahrt für jeden Teilnehmer werden ungefähr 40 Frs. ausmachen. Die Abfahrt soll von Saarbrücken um 8 Uhr früh und die Ankunft in Heidelberg um 12 Uhr mittags, die Rückfahrt von Heidelberg abends 11 Uhr und die Ankunft in Saarbrücken Sonntag nacht um 3 Uhr erfolgen. Wir bitten auch an dieser Stelle um recht zahlreiche Beteiligung und ersuchen, Anmeldungen zur Teilnahme an der Fahrt schon jetzt an das Saarländische Reisebureau, Saarbrücken, Hauptbahnhof, richten zu wollen.

§ **Ortsgruppe Darmstadt des Bundes der Saarvereine.** Die Monatsversammlung fand am Donnerstag, dem 10. Mai, im Alpenzimmer des Restaurants „Sitte", Karlstraße, statt. Auch diesmal war der Besuch erfreulicherweise derselbe, wie er bereits schon in den letzten Versammlungen verzeichnet war. Auch zahlreiche neue Freunde der Saarsache waren erschienen. Der Vorsitzende begrüßte die Versammlung um ½9 Uhr und dankte den Anwesenden für das erneut bewiesene Interesse für die gute Sache. Er begrüßte insbesondere auch Herrn Oberbürgermeister Mangold, früher Saarbrücken, als einen auch weit über die Grenzen der Ortsgruppe hinaus bewährten und geachteten Vertreter des Saargedankens. Die Tagesordnung wurde in anregender und für alle Mitglieder befriedigender Aussprache in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt. Insbesondere fand die Frage der Bundestagung in Heidelberg bei der Versammlung reges Interesse, und es meldeten sich bereits 16 Mitglieder als Teilnehmer; es ist hiernach zu erwarten, daß in der nächsten Versammlung zahlreiche weitere Meldungen erfolgen. Der Unterhaltungsteil stand wieder auf der seit letzter Zeit gewohnten künstlerischen Höhe. Es wurde allerseits besonders begrüßt, daß hier sich auch wieder unser altbewährtes Ehrenmitglied, Herr Prof. Walger, in den Dienst der guten Sache gestellt hatte und die Versammlung mit verschiedenen Cello-Vorträgen erfreute. Es gelangten als Duette und Terzette unter anderem zum Vortrag: Alte Kameraden Marsch, Paraphrase über das Lied „o solo mio", Ave Maria von Bach Gounod, Rosen aus dem Süden von Strauß. Besonderen Beifall fand die hierauf von unserem bewährten Künstlerduett Becker, Mörschel, unter Mitwirkung von Herrn Prof. Walger vorgetragene Ouvertüre zur Oper „Iphigenie in Aulis" von Gluck. Als Leiter des Unterhaltungsteiles brachte Herr Dr. Möser diesmal verschiedene Wiener Lieder, die großen Beifall fanden. Verschiedene weitere Musiknummern sowie verschiedene launische Vorträge in Darmstädter Mundart bildeten den Schluß des Abends, den die Anwesenden unter dem Einfluß der hereingebrochenen Polizeistunde nur ungern beschlossen und der allen in bester Erinnerung bleiben wird.

□ **Die Ortsgruppe Düsseldorf des Bundes der Saarvereine** hielt am Dienstag, dem 8. Mai, abends ½9 Uhr, im Vereinslokal, Restaurant „Bürgerhaus", Ecke Ost- und Hüttenstraße, eine gut besuchte Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Dr. Kill, eröffnete dieselbe mit herzlicher Begrüßung der Erschienenen und erteilte im Anschlusse daran Herrn Lehrer Siegwart das Wort zu seinem Vortrag über das Thema: „Der Warndt in Gefahr". Einleitend zeigte der Vortragende, der selbst ein Kind des Warndts ist, was wir unter dem Namen „Warndt" verstehen, und sprach über die Bedeutung dieses Teiles des Saargebietes in forstalischer und verwaltungspolitischer Beziehung. Es folgte eine eingehende Schilderung des „Warndt-Waldes", Beschreibung seiner Lage und wie er aus dem übrigen Saargebiet zu erreichen ist, Angaben über seine Größe, über die Namen der Ortschaften und ihre Entfernung voneinander. So machten die Zuhörer mit dem Redner gleichsam eine Wanderung durch diesen wertvollen Teil unserer Saarheimat, durch seine herrlichen Wälder, seine schmucken Dörfer, sahen die mannigfachen Naturschönheiten und vernahmen hochinteressante Einzelheiten aus der geschichtlichen Vergangenheit desselben. Vor allem vermittelten die von echt heimatlicher Wärme und Empfindung getragenen Ausführungen einen Einblick in die Seele, das Leben, die Arbeiten, Sorgen und Nöte der Bevölkerung und ließen den kerndeutschen Charakter derselben erkennen. In treudeutscher Gesinnung lehnt die Bevölkerung es auch in einmütiger Geschlossenheit ab, irgendwie als Handelsobjekt mißbraucht zu werden! Es drohen dem Warndt und seiner Bevölkerung mannigfache und große Gefahren:

1. Durch den Kohlenraub der Bergwerksgesellschaft „Saar und Mosel" von Schacht „Reumaux aus unter saarländischem Boden.

2. Durch die steuerliche Schädigung der Warndtgemeinden, da ihnen für den Kohlenraub kein Pfennig Steuern zufließt, da nach Ansicht der Regierungskommission eine Steuerpflicht nicht vorliege, weil „Anlagen über Tage" nicht vorhanden seien. (!)

3. Durch das Bemühen der Bergwerksgesellschaft, möglichst viele Saarbergarbeiter in ihre Wohnkolonien zu ziehen, die in der Umgebung der hart an der Saargebietsgrenze liegenden Schachtanlagen wie Pilze aus der Erde schießen.

Endlich 4. dadurch, daß die Bevölkerung infolge ihrer Abgeschlossenheit vom übrigen Saargebiet (keine Eisenbahn, keine Straßenbahn) wirtschaftlich zu sehr vom benachbarten Lothringen (Frankreich) abhängig ist. Die packenden Ausführungen des Redners ließen erkennen, daß es Pflicht nicht nur der Saardeutschen sondern aller Deutschen ist, darüber zu wachen und dafür zu sorgen und zu kämpfen, daß der wertvolle Warndt, diese Kohlenvorratskammer des Saargebietes, dem Saarland und mit diesem dem großen deutschen Vaterland „bis zum letzten Quadratzentimeter und bis zum letzten Pfund Kohle" erhalten bleibt. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, den „Warndt" besser als bisher dem übrigen Saarland durch Eisenbahnen und Straßenbahnen zu erschließen, sowie der Schaffung eigener Grubenanlagen in diesem Gebiet nach Rückkehr des Saargebietes an Deutschland, um so der treudeutschen Bevölkerung auf eigenem Grund und Boden Verdienstmöglichkeit, Arbeit und Brot, zu bieten! Mit Aufmerksamkeit und Spannung folgten die Zuhörer dem Redner, der seinen lehrreichen Vortrag mit einem dringenden Appell an die maßgebenden Stellen des Reiches in Berlin beschloß, nach besten Kräften für den gefährdeten Warndt und die Interessen seiner treudeutschen Bewohner einzutreten, auf daß sich auch hier bewahrheite der Spruch: „Treue um Treue!" — Reicher Beifall erscholl am Schlusse des Vortrages, und der Vorsitzende, Herr Dr. Kill, stattete Herrn Siegwart noch besonders den herzlichsten Dank der Versammlung für seine glänzenden Ausführungen ab. — Es folgte nun die Besprechung einiger geschäftlicher Angelegenheiten des Vereins, u. a. wurde über den diesjährigen Sommerausflug beraten. Man kam zu dem Entschluß, im Juli einen Ausflug an den Niederrhein (Lank, Kaiserswerth) zu machen und übertrug dem Vorstand alle weiteren Vorbereitungen für denselben. Dem offiziellen Teil der anregend verlaufenen Monatsversammlung folgten noch einige Stunden gemütlich-fröhlichen Beisammenseins.

□ **Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine** hielt am 11. Mai d. J., abends 8½ Uhr, im Gartenrestaurant „Lindenhof" zu Stettin in ihrem von den Mitgliedern Schröder und Winkelmann mit Blumenschmuck reichlich versehenen Vereinszimmer im Beisein von 45 Mitgliedern und Gästen — einer Zahl, die vorher nicht erreicht worden ist — ihre 34. Monatsversammlung ab. Der Abend erhielt ein besonders festliches Gepräge durch die erstmalige Anwesenheit des Herrn Regierungspräsidenten Dr. iur. von Halfern, dem als mannhaftem Verfechter des Deutschtums im Saargebiete der Vorsitzende, Oberregierungsrat Dr. Stegner, ein freudiges Willkommen entbot. Neben zahlreichen anderen Gästen konnte der Vorsitzende insbesondere Frau Oberregierungsrat Dr. Bindewald aus Magdeburg und den Vorsitzenden der Stettiner Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände, Rektor Gnoth, begrüßen. Anschließend wurde der inzwischen eingelaufene Schriftwechsel bekannt gegeben. Die Ortsgruppe Stettin des Vereins für das Deutschtum im Auslande beabsichtigt in ihrer Schulgruppe die Veranstaltung eines Saar-Abends und hat sich wegen der Ueberlassung eines Lichtbilder-Vortrages an die Geschäftsstelle „Saarverein" zu Berlin gewendet.

Seitens der Versammlung wurde es für zweckmäßiger erachtet, wenn diesen Vortrag etwa im Laufe des Herbstes ein Mitglied des Saarvereins halten würde, und der Vorsitzende ermächtigt, dieserhalb sich mit dem V. D. A. in Verbindung zu setzen. Auf der 8. Tagung der Saarvereine zu Heidelberg am 30. Juni und 1. Juli d. J. wird die Ortsgruppe durch ihren Vorsitzenden und bei etwaiger dienstlicher Verhinderung desselben durch Oberregierungsrat Dr. Bindewald vertreten sein; zur Deckung der Unkosten wurden 25 Mark aus der Vereinskasse bewilligt. Für die Rheinlandlotterie zur Hebung des Weinbaues in der Rheinprovinz und insbesondere an der Saar konnten 100 Lose abgesetzt werden; auch an der Saar-Turnerheim-Geld-Lotterie des Turn-Vereins 1880 e. V., Wiebelskirchen-Saar, wird sich der Verein durch den Bezug einer Anzahl von Losen beteiligen. Der Ankauf des von der Vertriebsstelle für Nationale Literatur G. m. b. H., in München angebotenen Werkes „Josef Ponten und Josef Winkler: Das Rheinbuch. Eine Festgabe rheinischer Dichter" wurde den Mitgliedern empfohlen. Mit dem Verein der Posener zu Stettin kam eine Vereinbarung über den gegenseitigen Austausch der Bundesorgane „Der Posener" und „Der Saar-Freund" zustande. Als neue Mitglieder traten der Ortsgruppe bei: Polizei-Oberwachtmeister Löwenbrück, Dr. Kurt Wolff, Tischlermeister Gennrich und Bankbeamter Prüdgam. Mit Rücksicht auf die Reichs- und Landtagswahlen wurde der für den 20. Mai d. J. in Aussicht genommene Tagesausflug der Mitglieder nach Hohenkrug und Forsthaus Grünwald auf einen noch bekannt zu gebenden späteren Termin verschoben. Am 17. Mai cr. — Christi Himmelfahrt — ist ein Herrenausflug nach einem gleichfalls noch mitzuteilenden Zielorte geplant. Nachdem der offiziee Teil mit Absingung des Saarliedes und einem Hoch auf das urdeutsche Saargebiet sowie seine treuen Bewohner geschlossen war, setzte ein fröhliches Tänzchen ein; auch erfreute Herr Prüdgam die Zuhörer durch gediegene Vorträge. Erst in später Nachtstunde trennten sich die Teilnehmer mit dem Bewußtsein, einen selten schönen Abend verlebt zu haben.

§ **Der Verein der ehem. Kameraden des Feldartillerie-Regiments von Holtzendorff (1. Rhein.) Nr. 8,** Berlin, veranstaltet am 5. Mai im Tiergartenhof in Berlin seine Bannerweihe. Erfreulicherweise war die Veranstaltung für den Verein ein großer Erfolg. Aus dem Programm seien erwähnt die Mitwirkung einer Kapelle ehemaliger Militärmusiker unter dem Chormeister E. Oppermann und die Begrüßungsrede des 1. Vorsitzenden, Kamerad Schnitzer, sowie die Weiherede des Herrn Generalmajor a. D. von Grimm, des letzten Vorkriegs- und ersten Kriegskommandeurs des Regiments. An beide Ansprachen schlossen sich dann die feierliche Einweihung der Standarte, verschiedene Vorträge und Tanz an.

§ **Der Saar- und Pfälzer-Verein Oberhausen, Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine,** hielt am Sonntag, dem 29. April 1928, seine Monatsversammlung in Osterfeld ab, welche zugleich auch eine Werbeversammlung war. Dieselbe war gut besucht. Es meldeten sich zwei Mitglieder an, welche dem Vereine auch beitraten. — Nach Schluß der Versammlung um 7 Uhr blieben die Teilnehmer noch bei Konzert, Couplet- und Musikvorträgen längere Zeit beisammen.

§ **Ortsgruppe Mannheim des Bundes der Saarvereine.** Mittwoch, 23. Mai, abends 8 Uhr, im „Ballhaus" Gründungsversammlung. Nach Fühlungnahme mit der Geschäftsstelle „Saar-Verein" in Berlin, mit Herrn Redakteur Karl Ollmert-Frankfurt a. M. und mit dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Heidelberg, Herrn Woll, trafen sich am Abend des 11. Mai im „Weinberg" von den vielen in Mannheim wohnenden Saardeutschen die Herren: Georg Abel, Grillparzerstr. 1, Telef. 31 175; Max Eich, Emil Heckel-Straße 4a, Telef. 27 568; Ludwig Hardt, Rosengartenstr. 18, Telef. 25 137; Karl Hoffmann, Gontardplatz 9; Ernst Kniebes, Emil-Heckel-Str. 4, Tel. 32 749; August Kreitz, Paul-Martin-Ufer 34, Telef. 24 183; Josef Kremp, B. 6. 2, Telef. 23 535; Friedrich Rausch, Waldparkstr. 39; Otto Rixecker, Schloß, linker Flügel, Telef. 29 233; Ernst Schneidmüller, Im Wörthel (Neckarau), Tel. 30 055. Nach stillem Gedenken der für die Heimat Gefallenen herrschte Einmütigkeit darüber, daß die langversäumte Gründung einer Ortsgruppe des Bundes der Saar-Vereine für Mannheim, der dem Saargebiet nächstgelegenen nichtbesetzten Großstadt, mit tunlichster Beschleunigung erfolgen soll. Es wurde eine Liste der den einzelnen Herren bekannten in Mannheim oder Umgebung wohnenden Saar-Deutschen aufgestellt und beschlossen, von dem dankenswerten Anerbeiten des Mitgliedes des Beratungs- und Aufsichtsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein", Herrn Redakteur Karl Ollmert-Frankfurt a. Main, Gebrauch zu machen, in der Gründungsversammlung, die, wie eingangs erwähnt, am Mittwoch, 23. Mai, abends 8 Uhr, im „Ballhaus" stattfinden soll, über Aufgaben und Ziele des Bundes der Saar-Vereine zu reden. Die Herren verpflichteten sich, mit allen geeigneten Mitteln für die Teilnahme an dieser Versammlung zu werben. Die Leser des „Saar-Freundes" in Mannheim und Umgebung werden gebeten, das gleiche zu tun und Wünsche und Anregungen an einen der obigen Herren zu richten. Wie sehr eine landsmannschaftliche Zusammenkunft Quickborn auf dem trockenen, harten Lebensweg aller Berufstätigen sein kann, das bewies sich denen, die nach dem geschäftlichen Teil noch Zeit für ein gemütliches Zusammensein hatten. Die kurze Stunde um den runden Tisch im „Daawe Hammel" wird den Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben. Allen Beteiligten, besonders Herrn Eich, Mannheim, sei hierdurch für ihr Interesse und ihre Bemühungen um das Zustandekommen der Ortsgruppe Mannheim herzlich gedankt.

Saarfürst

das Bier der Aktienbrauerei Merzig

Saar-Ländern

ein guter Bekannter ist der Kaffee-Onkel; wird doch im ganzen Saargebiet seit 50 Jahren „Pfeiffer u. Diller" als Kaffee-Zusatz verwendet. Es wird Sie freuen zu erfahren, daß Sie auch in Berlin die so beliebten Originaldosen zu 45 Pfg. und die Silberpakete zu 35 Pfg. stets frisch haben können und zwar in allen Geschäften von:

Hinz & Küster • Carl Rich. Schmidt
Otto Schoening • Julius Staege
F. A. Wilke Nachfg.
Alte Holländ. Lagerei Inh: Ernst Peeck
A. Wertheim GmbH. • Herm. Tietz
und in vielen andern besseren Lebensmittelgeschäften.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Secr-Freund" erbeten. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Hauptschriftleiter Richard Posselt, Berlin-Wilmersdorf. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94.
Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.